Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Polizei fedpol

BERICHT 2008

Mai 2009

BERICHT INNERE SICHERHEIT DER SCHWEIZ

Publikation des Bundesamtes für Polizei

BERICHT INNERE SICHERHEIT DER SCHWEIZ

BERICHT 2008

DIE THEMEN

Überblick
Islamistischer Terrorismus und Gewaltextremismus
Organisierte Kriminalität
Politisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus
Verbotener Nachrichtendienst
Proliferation
Weitere Aspekte der inneren Sicherheit

SUMMARY

Domestic Security Report Switzerland 2008

BERICHT 2008

BUNDESAMT FÜR POLIZEI
FEDPOL
CH-3003 Bern

Telefon +41 (0)31 323 11 23
info@fedpol.admin.ch
www.fedpol.ch

BERICHT INNERE SICHERHEIT DER SCHWEIZ 2008

BERICHT 2008

BERICHT INNERE SICHERHEIT DER SCHWEIZ

Mai 2009

PUBLIKATION DES BUNDESAMTES FÜR POLIZEI,
EJPD

INHALT

Editorial 7

1. Überblick 10–13

2. Islamistischer Terrorismus und Gewaltextremismus 16–21

3. Organisierte Kriminalität

3.1 Organisierte Kriminalität nach Herkunft der Gruppen 24

3.1.1 Kriminelle Gruppen aus der GUS 24

3.1.2 Kriminelle Gruppen aus Südosteuropa 25

3.1.3 Westafrikanische Netzwerkkriminalität 27

3.1.4 Kriminelle Gruppen aus Italien 28

3.1.5 Chinesische organisierte Kriminalität 29

3.2 Hauptdeliktsbereiche organisierter Kriminalität 31

3.2.1 Betäubungsmittel 31

3.2.2 Menschenschmuggel 33

3.2.3 Menschenhandel 35

3.2.4 Geldwäscherei 36

3.2.5 Korruption 37

4. Politisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus

4.1 Rechtsextremismus 40

4.2 Linksextremismus 43

4.3 Südosteuropäische Gruppen 46

4.4 Kurdische und türkische Gruppen 48

4.5 Tamilischer Gewaltextremismus 50

4.6 Terrorismus- und Extremismusfinanzierung 52

5. Verbotener Nachrichtendienst 56–57

6. Proliferation 60–61

7. Weitere Aspekte der inneren Sicherheit

7.1 Internetkriminalität, Informationssicherung und Kinderpornografie 64

7.2 Hooliganismus 66

Summary

Domestic Security Report Switzerland 2008 69

Impressum 75

Hinweis

Der Bericht Innere Sicherheit der Schweiz 2008 ist ein Bericht des Bundesamtes für Polizei und des Dienstes für Analyse und Prävention. Er beschreibt und bewertet ausführlich aus polizeilicher und nachrichtendienstlicher Sicht die Bedrohungslage, wie sie im Bericht des Bundesrates über die Bedrohungslage und die Tätigkeiten der Sicherheitsorgane des Bundes im Jahr 2008 (publiziert in dessen ordentlichem Geschäftsbericht 2008) dargestellt wird.

EDITORIAL

Jean-Luc Vez
Direktor Bundesamt für Polizei (fedpol)

Der Bundesrat hat am 21. Mai 2008 beschlossen, die nachrichtendienstlichen Teile des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP) ins Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zu transferieren. Per 1. Januar 2009 wurde dieser Transfer vollzogen. Das hat auch Folgen für den «Bericht innere Sicherheit der Schweiz»: Die vorliegende Ausgabe dieses Lageberichts ist die letzte, die unter der Verantwortung von fedpol erscheint. Hauptbericht von fedpol ist künftig der jährliche Rechenschaftsbericht REBERI.

Aus dem Lagebild des letzten Jahres, das der vorliegende Bericht zeichnet, seien zwei Dinge hervorgehoben: Zum einen die Tatsache, dass 2008 das Gewaltpotenzial des politisch motivierten Gewaltextremismus, der im Ausland seine Wurzeln hat, in der Schweiz besonders sichtbar wurde. So sah sich der Bundesrat gar gezwungen, Massnahmen zu ergreifen, um Aktivitäten der kurdischen Arbeiterpartei PKK in der Schweiz einzuschränken.

Zum andern ist erneut festzuhalten, dass die Schweiz von dschihadistischen Aktivitäten betroffen ist. Wir stellen fest, dass auch in unserem Land weiterhin Propaganda gemacht wird, dass von hier aus Gruppierungen im Ausland logistische und finanzielle Unterstützung erhalten.

Das alte, vielfach bemühte Bild gilt also weiterhin: Die Schweiz ist keine Insel. Sie ist Teil des westeuropäischen Gefahrenraums. Seit 12. Dezember 2008 ist sie aber glücklicherweise auch Teil des Schengen-Raums mit seinem dichten Netz gegen Kriminelle. Die ersten Erfahrungen mit Schengen, namentlich mit dem Fahndungssystem SIS, sind ermutigend. Der REBERI 2008 gibt Ihnen einen Eindruck davon.

Ich danke allen, die in den letzten Jahren zum Gelingen des «Berichts innere Sicherheit der Schweiz» beigetragen haben. Und ich danke erneut auch all jenen, die sich in den Gemeinden, in den Kantonen und beim Bund täglich für die innere Sicherheit der Schweiz einsetzen.

1. Überblick

Islamistischer Terrorismus und Gewaltextremismus

Der Dschihadismus blieb 2008 eine unvermindert dynamische terroristische Strömung. Er ist nach wie vor eine Bedrohung für westeuropäische Staaten und ihre Gesellschaften. War bis 2007 der Irak sein hauptsächliches Kampfgebiet, so begann im Berichtsjahr eine Verlagerung in den afghanisch-pakistanischen Raum. Im Maghreb konsolidierte die zu Beginn 2007 entstandene al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) ihre dschihadistischen Aktivitäten. In Propagandavideos und -texten im Internet bedrohte sie wiederholt europäische Staaten, namentlich Frankreich und Spanien. Das Horn von Afrika entwickelte sich zu einem neuen Operationsfeld des Dschihadismus; in Somalia wurden mehrere Selbstmordanschläge verübt. Obwohl Indien auch in den Vorjahren vom islamistischen Terrorismus betroffen war, erreichte dieser insbesondere mit den Terrorakten von Mumbai eine neue Intensität.

Dschihadismus blieb 2008 eine unvermindert dynamische terroristische Strömung.

Die internationalen Verbindungen der in der Schweiz agierenden Salafisten, etwa ins Umfeld der in Deutschland festgenommenen Sauerland-Zelle und in andere europäische Staaten, verdeutlichen das Potenzial dieser Netzwerke, das nicht nur Logistik und Propaganda beinhaltet, sondern möglicherweise auch operative Absichten. Konkrete Hinweise auf Anschlagsplanungen in der Schweiz liegen jedoch nicht vor.

Internationale Verbindungen in der Schweiz agierender Salafisten verdeutlichen deren Potenzial.

Das Asyl des im Vorjahr unter anderem wegen Unterstützung einer terroristischen kriminellen Vereinigung verurteilten Tunesiers wurde widerrufen, und es wurde gegen ihn ein Einreiseverbot erlassen. Er entzieht sich seiner Strafe und kämpfte im Berichtsjahr im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet. Anfang November wurde seine Drohbotschaft gegen die Schweiz im Internet veröffentlicht, die jedoch namentlich in den dschihadistisch ausgerichteten Medien, die als Motivationsquellen islamistisch motivierter Gewalttäter eine wichtige Rolle spielen, nur auf geringe Resonanz stiess.

Organisierte Kriminalität

Es gab im Berichtsjahr keine Anzeichen dafür, dass der Einfluss krimineller Gruppierungen in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) abgenommen hat. Es ist davon auszugehen, dass hochrangige Vertreter krimineller Organisationen aus der GUS nach wie vor versuchen, den Schweizer Finanzplatz zur Geldwäscherei zu missbrauchen. Dabei werden sie von einem Netz von Anwälten, Treuhändern und Strohmännern unterstützt. Im Berichtsjahr gab es Hinweise, wonach in der Schweiz registrierte Firmen in Drogenhandel und Mehrwertsteuerbetrug durch Kriminelle aus der GUS involviert sind. Die Schweiz ist zudem in den letzten Jahren zu einem der bedeutendsten Rohstoffhandelsplätze der Welt geworden. Rund ein Drittel des globalen Rohölhandels wird in Genf abgewickelt, darunter drei Viertel der russischen und der Hauptteil der kasachischen Exporte. Es gibt Hinweise, dass Rohstofffirmen der GUS eng mit den Nachrichtendiensten kooperieren und dass auch kriminelle Organisationen beträchtlichen Einfluss auf die Rohstoffgeschäfte haben.

Anhaltende Versuche, den Schweizer Finanzplatz zur Geldwäscherei zu missbrauchen.

Russland und andere Mitglieder der GUS sind von der globalen Finanzkrise stärker betroffen als andere Industriestaaten. Die Rohstoffpreise brachen zusammen, ausländische Investitionen wurden zurückgezogen, und der Rubel verlor an Wert. Diese Entwicklungen werden einerseits auch die Finanzkraft krimineller Anleger und Investoren schwächen. Andererseits ist damit zu rechnen, dass kriminell erworbene Mittel vermehrt im Ausland angelegt werden.

Die Aktivitäten krimineller Gruppen aus Südosteuropa blieben im Berichtsjahr auf hohem Niveau konstant. Die kriminellen Tätigkeiten dieser Gruppen lagen in der Schweiz weiterhin schwergewichtig im Betäubungsmittelhandel, erstreckten sich aber auch auf Menschenhandel zu Zwecken der Prostitution, Menschen-, Waffen- und Zigarettenschmuggel sowie Geldwäscherei. Die Strukturen dieser kriminellen Gruppen blieben unverändert; es handelt sich meist um opportunistische und flexible, transnational tätige Netzwerke.

Aktivitäten krimineller Gruppen aus Südosteuropa auf hohem Niveau konstant.

Rechtsextremismus

Die Anzahl rechtsextrem motivierter Ereignisse nahm im Berichtsjahr im Vergleich zum Jahr 2007 von 109 auf 76 ab. Dies entspricht einem

Rückgang um rund 30 Prozent. Konzerte rechtsextremer Bands waren hingegen häufiger; 2007 waren es zehn, im Berichtsjahr 15. Die Hauptursache des gesamthaften Rückgangs liegt im Bereich der gewalttätigen Ereignisse: Während in den letzten fünf Jahren deren Anzahl jeweils zwischen 50 und 64 pro Jahr lag, wurden im Berichtsjahr nur deren 24 gezählt. Diese Abnahme dürfte unter anderem auf die konsequente Prävention und Repression zurückzuführen sein. Das Gewaltpotenzial der rechtsextremen Szene bleibt hingegen bestehen.

Tendenziell hat sich die rechtsextreme Szene in den letzten Jahren wenig verändert. Rechtsextreme treten heute aber selbstbewusster auf, scheuen die Öffentlichkeit weniger als früher und versuchen, sich teilweise in der Parteipolitik zu etablieren. Sie stehen zunehmend auch öffentlich zu ihren Überzeugungen, ersuchen die Behörden um Demonstrationsbewilligungen und pochen auf Grundrechte.

Rechtsextreme treten selbstbewusster auf.

Die Auseinandersetzungen zwischen dem rechts- und linksextremen Lager hielten an. Dabei war eine Zunahme der Aggressivität von linksextremer Seite festzustellen. Am traditionell wichtigen Tag der linksextremen Szene, dem Tag der Arbeit, versammelten sich auch Rechtsextreme und feierten den Anlass. Das politische Engagement der rechtsextremen Szene beschränkte sich nicht auf die Ausländerthematik. Weitere Themen waren Kindsmissbrauch, die Globalisierung oder der 1. Mai als Kampftag der Arbeiterbewegung. Gewalt ging vermehrt von einer jungen Skinheadszene aus, insbesondere im Umfeld von Blood & Honour (B&H). Mit dem Vertrieb rechtsextremen Materials und mit Konzertveranstaltungen wurden auch kommerzielle Interessen verfolgt. Veröffentlichungen verstiessen wiederholt gegen die Rassendiskriminierungsstrafnorm. Die Planung von Aktivitäten verlief häufiger konspirativ, während sich die Rechtsextremen gegen die Sicherheitskräfte aggressiver verhielten. Europaweit war eine intensivere internationale Kooperation unter Rechtsextremen zu beobachten. Der Austausch fand vorwiegend auf persönlicher Ebene statt.

Europaweit intensivere internationale Kooperation unter Rechtsextremen.

Linksextremismus

Die Zahl der linksextrem motivierten Vorfälle sank von 221 im Jahr 2007 um gut drei Prozent auf 214 im Berichtsjahr und blieb damit auf hohem Niveau. Mit Gewalt gegen Sachen oder Personen waren im Berichtsjahr rund 51 Prozent aller Vorfälle verbunden; 2007 waren es noch 57 Prozent gewesen. Der Rückgang dürfte nicht zuletzt auf die starke Präsenz von Sicherheitskräften im Rahmen der Uefa Euro 2008 zurückzuführen sein. Den Solidaritätsaktionen zugunsten inhaftierter Linksextremer kam insbesondere im Rahmen der Secours Rouge International (SRI) ein besonderer Stellenwert zu, doch wurde von der linksextremen Szene unverändert auch ein breites Spektrum anderer Fragen thematisiert. Dazu gehörte der Kampf gegen den Faschismus (Antifa), der 2008 ebenfalls eine dominierende Stellung einnahm. In diesem Bereich spielen nebst gewalttätigen Aktionen die modernen Mittel der Technik eine immer wichtigere Rolle. So kam dem Hacking von rechten Internetseiten und -foren wachsende Bedeutung zu. Andere Themen, die während des Berichtsjahres an Gewicht gewannen, waren die Atomenergie und die Finanzkrise, die beide ein hohes Rekrutierungs- und Mobilisierungspotenzial versprechen. Zudem reagierte die linksextreme Szene auf die im Dezember 2008 ausgebrochenen Unruhen in Griechenland.

Das Gewaltpotenzial der linksextremen Szene blieb im Berichtsjahr unverändert hoch. Zürich war auch 2008 das wichtigste Zentrum linksextrem motivierter Vorfälle. Es waren vermehrt Angriffe auf Polizeiposten zu verzeichnen. Ausserdem kam es im Grossraum Zürich zu einer Häufung von Farb- und Brandanschlägen. Während das Davoser Weltwirtschaftsforum (WEF) ruhig verlief, wurde der 1. Mai einmal mehr von schweren Ausschreitungen begleitet, nicht nur in Zürich, sondern auch in Lausanne, wo sich seit 2007 eine gewalttätige autonome Szene herausbildet, wie man sie zuvor in der Romandie nur in Genf kannte.

Gewaltpotenzial der linksextremen Szene unverändert hoch.

Eine besondere Bedeutung hat Zürich auch als Zentrale des Revolutionären Aufbaus Schweiz (RAS), der mutmasslich nicht nur für diverse Anschläge verantwortlich ist, sondern auch immer wieder Aktionen zugunsten inhaftierter Linksextremer organisiert. Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang eine Polizeiaktion gegen Linksextreme in Belgien, die das dortige Zentralsekretariat der SRI erheblich schwächte. Bei der SRI handelt es sich um eine europaweit

Besondere Bedeutung des RAS in der SRI.

agierende marxistisch-leninistische Vernetzungs-, Kommunikations- und Aktionsplattform, die Verbindungen zur linken Terrorszene pflegt. Der Schlag führte dazu, dass das zweite Zentralsekretariat, das in Zürich durch die dortige Sektion des RAS, den Revolutionären Aufbau Zürich (RAZ), betrieben wird, umso mehr an Gewicht gewann. Der RAZ als treibende Organisation in der SRI gewann dadurch noch zusätzlich an Einfluss auf den Linksextremismus in Europa.

Südosteuropäischer, kurdischer und tamilischer Gewaltextremismus

Das Verhalten der in der Schweiz lebenden Mitglieder politisch motivierter gewaltextremistischer ausländischer Gruppen blieb auch im Berichtsjahr mit Entwicklungen im jeweiligen Heimatland verbunden. Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo führte in der Schweiz nicht zu Auseinandersetzungen, anders als die bewaffneten Konflikte in der Türkei respektive im Irak und auf Sri Lanka.

Die Serie von Protestkundgebungen und Anschlägen von Seiten der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und ihr verbundener Gruppierungen setzte sich im Berichtsjahr, insbesondere in der Zeit von Mitte Oktober bis Mitte November, in der Schweiz und in Europa fort. Motiv insbesondere der Brandanschläge im Herbst waren die von der PKK behauptete Misshandlung des inhaftierten PKK-Chefs Öcalan und die seit Anfang Oktober wieder verstärkte Militärintervention der türkischen Armee gegen die PKK im Nordirak. Ziele der Anschläge in der Schweiz waren vorwiegend türkische Einrichtungen. Um eine Eskalation der Gewalt in der Schweiz zu verhindern, beschloss der Bundesrat im November Massnahmen, um die Aktivitäten der PKK und ihr nahestehender Organisationen, insbesondere die Geldbeschaffung, in der Schweiz einzuschränken. Neben Propaganda- und Geldbeschaffungsaktivitäten der PKK konnte wie in den 1990er-Jahren vermehrt festgestellt werden, dass vorwiegend Jugendliche für den Kampfeinsatz in der Türkei angeworben und ausgebildet wurden.

Serie von Protestkundgebungen und Anschlägen von Seiten der PKK.

Die Situation der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) auf Sri Lanka setzte die hiesige tamilische Gemeinschaft zunehmendem Druck des LTTE-Ablegers in der Schweiz aus. Die steigende Anzahl von Propagandaveranstaltungen der LTTE deutet auf eine engere Kontrolle der in der Schweiz lebenden sri-lankischen Tamilen hin, da solche Veranstaltungen auch der Disziplinierung und Überwachung dienen. Diese Veranstaltungen sind zudem mit direkten Aufforderungen, den LTTE Geld zukommen zu lassen, verbunden. 2008 wurde im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von gewalttätigen Zwischenfällen in der tamilischen Diasporagemeinde festgestellt. So kam es im Juli bei einer LTTE-Veranstaltung in Basel zu einer Massenschlägerei unter den tamilischen Teilnehmern. Eine Anti-LTTE-Demonstration in Bern Anfang September mit etwa 500 tamilischen Teilnehmern, die teils auch aus dem Ausland angereist waren, verlief ohne Störung.

Zunehmender Druck des LTTE-Ablegers in der Schweiz auf hiesige tamilische Gemeinschaft.

Verbotener Nachrichtendienst

Spionage wird in der Schweiz weiterhin in allen Formen betrieben. Das Interesse ausländischer Nachrichtendienste an der Schweiz als Standort von Forschungseinrichtungen und Unternehmen im Bereich Spitzentechnologie hat nicht abgenommen. Zudem ist die Schweiz als Standort vieler internationaler Organisationen für ausländische Nachrichtendienste interessant. Auch steht die Schweiz als wichtiger Rohstoffhandels- und Finanzplatz im Blickfeld ausländischer Nachrichtendienste. Zudem stellen ausländische Regimegegner und Oppositionelle, die sich in der Schweiz niedergelassen haben, ein Ziel ausländischer Nachrichtendienste dar. Dies betrifft vor allem Staaten, in denen die Meinungsäusserungs- und Medienfreiheit eingeschränkt sind und die über die Ressourcen verfügen, Regimegegner weltweit zu verfolgen.

Spionage wird in der Schweiz weiterhin in allen Formen betrieben.

Cyberkriminalität

Botnetze (mit Schadsoftware infizierte private Computer, die durch Dritte ferngesteuert werden) stellen nach wie vor eine grosse Gefahr dar und liegen, von den Eigentümern des Computers oft unerkannt, praktisch allen kriminellen Aktivitäten im Internet zugrunde. Dabei geht es vor allem um das Sammeln von verwertbaren Daten, den Versand von Spam, den Angriff auf die Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur oder die Verschleierung der Identität der Kriminellen.

Aufgrund von verbesserten Techniken sind Botnetze mittlerweile schwieriger zu identifizieren und ausser Betrieb zu setzen.

Ein Schwerpunkt lag im Berichtsjahr auf der Wirtschaftskriminalität im Bereich E-Banking. Hierzu wurde Schadsoftware zunächst via E-Mail und anschliessend über Drive-by-Infektionen verteilt. Wirtschaftsspionage, Dschihadismus im Internet und die Verbreitung kinderpornografischen Materials blieben aktuell.

Wirtschaftskriminalität, Wirtschaftsspionage, Dschihadismus und Verbreitung kinderpornografischen Materials.

Proliferation

Während im Fall Iran die verschiedenen Akteure an ihren Positionen festhielten, verbesserte sich die Lage im Fall Nordkorea, das allerdings ein proliferationsrelevanter Staat bleibt.

Das im Herbst 2004 eröffnete Strafverfahren gegen den Schweizer Ableger des illegalen Beschaffungsnetzwerks von Abdul Qadeer Khan lief im Berichtsjahr weiter.

Im Berichtsjahr führte fedpol (Bundeskriminalpolizei, BKP) zudem Abklärungen durch, die illegale Munitions- und Waffenexporte nach Zentralasien und in den Nahen Osten betrafen.

Hooliganismus

Alle Spiele der Uefa Euro 2008 verliefen in der Schweiz ohne nennenswerte Zwischenfälle. Insbesondere seit dem Ende der Uefa Euro 2008 zeigte sich jedoch, dass die Fans grundsätzlich gewaltbereiter geworden sind. Dies trifft einerseits für die Hooliganszene zu, andererseits auch für den gewaltbereiten Teil von Ultragruppierungen. In der Schweiz ist gemäss neuen Schätzungen von fedpol (DAP) von 250 Hooligans mit hoher Gewaltbereitschaft und von rund 1'500 grundsätzlich gewaltbereiten Personen auszugehen. Immer wieder sind bei Ausschreitungen eine grosse Anzahl von Schaulustigen und Solidaritätsaktionen von Nichtrisikofans mit gewaltbereiten Fans, zum Beispiel gegen die Polizei, festzustellen. Jedoch bilden die neuen Präventionsmassnahmen gemeinsam mit dem Informationssystem Hoogan einen individualpräventiven Ansatz, der zu wirken beginnt. In Hoogan waren Ende Berichtsjahr über 500 Personen registriert. Die konsequente Umsetzung der Massnahmen wird die Szene beruhigen. Die Verwendung von pyrotechnischen Gegenständen in Stadien und deren Umfeld wird ein Problem bleiben. ■

Uefa Euro 2008 in der Schweiz ohne nennenswerte Zwischenfälle.

2. Islamistischer Terrorismus und Gewaltextremismus

LAGE

Wichtige internationale Vorfälle 2008

- Am 3. März griff ein Selbstmordattentäter mit einem sprengstoffbeladenen Lieferwagen eine militärische Einrichtung im Osten Afghanistans an und tötete zwei afghanische sowie zwei Nato-Soldaten. Der türkischstämmige Terrorist, der im Namen der Islamischen Dschihadunion (Islamic Jihad Union, IJU) handelte, hatte bis 2007 in Deutschland gelebt.
- Am 13. Mai, 26. Juli und 13. September forderten zahlreiche Sprengstoffanschläge an öffentlichen Orten in den nordindischen Metropolen Jaipur und Ahmadabad sowie in Neu-Delhi weit über hundert Tote und mehrere Hundert Verletzte. Zwischen dem 26. und 29. November wurden im indischen Mumbai Terrorakte verübt. Eine mit Schusswaffen und Sprengkörpern bewaffnete Gruppe junger Männer griff am Abend des ersten Tages im Zentrum der Wirtschaftsmetropole unter anderem zwei Luxushotels, einen Bahnhof, ein Restaurant, ein jüdisches Zentrum und ein Krankenhaus an. Die Angreifer töteten dabei wahllos Dutzende Personen und nahmen zahlreiche Geiseln; eine Schweizerin, die sich gerade in einem der Hotels befand, überlebte den Angriff und konnte evakuiert werden. Die indischen Sicherheitskräfte benötigten drei Tage, um die Terroristen zu überwältigen, alle Objekte unter ihre Kontrolle zu bringen und Geiseln zu befreien. Bei den Schiessereien und Explosionen kamen über 170 Personen ums Leben, darunter mit einer Ausnahme alle Angreifer.

Anschläge in Indien.

- Am 2. Juni sprengte ein Selbstmordattentäter vor der Botschaft Dänemarks in Islamabad eine Autobombe in die Luft, wobei sechs Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Ebenfalls in Islamabad zerstörte am 20. September ein Selbstmordattentäter mit einem mit Sprengstoff beladenen Lastwagen ein westliches Luxushotel, wobei mehr als 50 Personen getötet und etwa 260 verletzt wurden.
- Am 4. Juni verübte die al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) einen Bombenanschlag auf zwei Ziele in einem Vorort von Algier. Im August forderte eine Serie von Anschlägen der AQIM über 100 Tote. Einer dieser Anschläge richtete sich gegen ein westliches Ziel: Am 20. August griffen Dschihadisten in der Kabylei den Bus einer kanadischen Baufirma an und töteten 12 Menschen. Der schwerste Anschlag ereignete sich am 19. August und traf eine Gendarmerieschule östlich von Algier. Über 40 vor dem Gebäude wartende Aspiranten auf eine Ausbildung fanden den Tod.

Al-Qaida in Nordafrika.

- Am 17. September versuchte eine Gruppe von Selbstmordattentätern mit zwei mit Sprengstoff beladenen Fahrzeugen, die Botschaft der USA in Sanaa anzugreifen. Bei dem Angriff und dem nachfolgenden Schusswechsel mit Sicherheitskräften kamen 19 Personen, darunter sechs Terroristen, ums Leben, mindestens drei weitere wurden verletzt.

Anhaltender Terror durch die AQIM

Die nordafrikanische Terrororganisation AQIM untermauerte ihren Anschluss an die Bewegung des transnationalen Dschihadismus unter der Ägide der al-Qaida im Berichtsjahr sowohl operationell wie auch propagandistisch. Sie verübte mehrere Selbstmordattentate mit Autobomben gegen Ziele der Sicherheitskräfte; die Attentate glichen den Anschlägen der al-Qaida im Irak und in Afghanistan.

Obwohl die AQIM weiterhin hauptsächlich in Algerien tätig ist, kam es zu Aktionen im Ausland. So überfielen im September Kämpfer eine Patrouille der mauretanischen Armee, verschleppten zwölf Soldaten und töteten sie. Schon am 22. Februar hatten im Sahel operierende Dschihadisten in der tunesisch-algerischen Grenzregion zwei österreichische Touristen entführt und diese in ihre Rückzugsgebiete im Norden Malis gebracht. In mehreren Communiqués bekannte sich die AQIM zur Tat und stellte diverse, planlos wirkende Forderungen als Gegenleistung für die Freilassung der Geiseln. Ende Oktober kamen die beiden Entführten nach monatelangen Verhandlungen frei.

Entführung zweier österreichischer Touristen in der tunesisch-algerischen Grenzregion.

Verbindungen ins Umfeld der Kern-al-Qaida

2008 wurden erneut operationelle und logistische Verbindungen von dschihadistischen Netzwerken in Westeuropa zum Netzwerk der Kern-

al-Qaida im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet bekannt. Dazu gehörte namentlich die IJU, eine aus Zentralasiaten, Arabern, Türken und westeuropäischen Islam-Konvertiten bestehende Gruppierung. In Westeuropa, insbesondere Deutschland, wurden mehrere Personen unter dem Verdacht festgenommen, mit der IJU respektive dem Umfeld der Kern-al-Qaida logistisch respektive operationell verbunden zu sein. In der Schweiz sind bis heute keine Netzwerke mit direkten Kontakten zur Kern-al-Qaida bekannt.

In der Schweiz keine Netzwerke mit direkten Kontakten zur Kern-al-Qaida bekannt.

In der Schweiz verurteilter Dschihadist. Das Bild stammt aus der «Botschaft an die Völker der Bundesschweiz» und zeigt den Verfasser.

FOTO POLIZEI

Terrorismusbekämpfung weltweit

2008 wurden im Rahmen von Antiterroroperationen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, insbesondere in der pakistanischen Provinz Waziristan, hochrangige Mitglieder der Kern-al-Qaida getötet. In Damaskus wurde einer der Anführer des militärischen Flügels der Hizballah, Imad Mughniyeh, getötet; er wurde für mehrere Terrorakte im Libanon, aber auch ausserhalb des Libanons verantwortlich gemacht.

Auf dem US-amerikanischen Militärstützpunkt Guantánamo auf Kuba begannen die ersten Gerichtsverfahren gegen mutmassliche Mitglieder der Kern-al-Qaida, die sich unter anderem an den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA beteiligt haben sollen.

Strafverfolgung in Westeuropa

Ähnlich wie im Vorjahr wurden 2008 in mehreren Ländern Westeuropas, insbesondere in Grossbritannien, Frankreich, Italien, Spanien und Deutschland, Dutzende Personen wegen dschihadistischer Aktivitäten festgenommen, angeklagt oder verurteilt. In den meisten Fällen ging es um logistische, finanzielle oder propagandistische Unterstützung von Dschihadisten im Irak und im Maghreb, zunehmend aber auch im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet.

In Westeuropa Dutzende Personen wegen dschihadistischer Aktivitäten festgenommen, angeklagt oder verurteilt.

- In Barcelona wurde eine Gruppe namentlich aus Pakistan stammender Personen unter dem Verdacht festgenommen, operationell mit Dschihadisten im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan verbunden gewesen zu sein und Sprengstoffanschläge auf den städtischen Nahverkehr geplant zu haben.
- In Spanien wurde der Marokkaner, der von der Schweiz am 22. April 2005 ausgeliefert worden war, zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von 14 Jahren verurteilt. Er hatte vor seiner Einreise in die Schweiz im April 2003 in einer spanischen Haftanstalt eine Terrorgruppe aufgebaut und sie im Hinblick auf einen Terroranschlag in Spanien angeführt. Konkrete Anschlagspläne konnten der Gruppe indes nicht nachgewiesen werden.

Von der Schweiz 2005 ausgelieferter Marokkaner in Spanien verurteilt.

- In Grossbritannien wurden fünf Personen zu unbedingten Freiheitsstrafen zwischen sieben und 17 Jahren verurteilt, weil sie Informationen über die versuchten Selbstmordanschläge vom 21. Juli 2005 auf den Londoner Nahverkehr zurückbehalten oder die Attentäter unterstützt hatten. Ebenfalls in Grossbritannien wurden drei von acht Personen der Mordabsicht schuldig gesprochen. Sie hatten im Sommer 2006 Selbstmordanschläge auf Transatlantikflüge vorbereitet.
- In Österreich wurden zwei Personen zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von vier Jahren respektive 22 Monaten verurteilt, weil sie sich an Terrorpropaganda im Internet beteiligt hatten.
- In Deutschland wurden drei Personen zu unbedingten Freiheitsstrafen zwischen sieben und zehn Jahren verurteilt, weil sie der irakischen Terrorgruppe Ansar al-Islam respekti-

ve Ansar as-Sunna angehört, diese unterstützt und 2004 in Berlin ein Attentat auf den damaligen irakischen Ministerpräsidenten geplant hatten. Weiter wurde der in Deutschland verbliebene «Kofferbomber», der zusammen mit seinem bereits im Libanon verurteilten Verbündeten im Jahr 2006 Brandbombenanschläge auf zwei Regionalzüge versucht hatte, zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Verurteilung des «Kofferbombers» zu lebenslanger Freiheitsstrafe.

Strafverfolgung in der Schweiz

In der Schweiz wurden mehrere islamistische Gewaltextremisten angeklagt. Ein Genfer Gericht verurteilte im Mai einen Algerier und einen Marokkaner zu bedingten Geldstrafen, weil sie 2005 den Zentralrechner der Universität Genf missbraucht hatten, um dschihadistische Propaganda im Internet zu verbreiten. Weiter bestätigte das Bundesgericht in seinem Urteil vom 2. Mai die Verurteilung eines Tunesiers und einer marokkanischstämmigen Belgierin durch das Bundesstrafgericht aus dem Vorjahr. Diese hatten gegen das erstinstanzliche Urteil Rekurs eingelegt, wonach sie mittels dschihadistischer Internetforen von ihrem damaligen Wohnsitz im Kanton Freiburg aus die al-Qaida unterstützt hatten. Die Belgierin wurde im Zusammenhang mit der Unterstützung dschihadistischer Reisebewegungen zwischen Belgien und Afghanistan am 11. Dezember 2008 in Brüssel erneut in Untersuchungshaft genommen.

Dschihadistische Propaganda im Internet; Unterstützung der al-Qaida.

Drohbotschaft gegen die Schweiz

Der oben erwähnte, seit Mai 2008 unter anderem wegen Unterstützung einer terroristischen kriminellen Organisation rechtskräftig unter anderem zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilte Tunesier entzieht sich im Ausland der Strafe. Sein Asyl wurde im Berichtsjahr widerrufen, und es wurde ein Einreiseverbot gegen ihn erlassen.

Anfang November wurde ein auf den 8. Oktober datierter, aus seiner Feder stammender dreiseitiger Text mit dem Titel «Botschaft an die Völker der Bundesschweiz» im arabischen Original sowie in französischer und italienischer Sprache in mehreren dschihadistischen Internetforen veröffentlicht. Darin wurden die Schweizer Bevölkerung, ihre Regierung und Sicherheitsbehörden aufgerufen, sich dem Islam unterzuordnen. Der Verfasser droht den Schweizer Sicherheitsbehörden Strafe dafür an, dass sie ihn und seine Lebenspartnerin während eines Strafverfahrens – angeblich – misshandelt hätten. Er klagt die Schweizer Regierung an, Teilnehmer am sogenannten zionistischen Kreuzzug gegen den Islam und die Muslime zu sein und im Rahmen der Terrorismusbekämpfung zur Misshandlung von Muslimen beizutragen. Die offensichtlich auf persönlichen Vergeltungsgefühlen beruhende Drohbotschaft stiess namentlich in den dschihadistisch ausgerichteten Medien, die als Motivationsquellen islamistisch motivierter Gewalttäter eine wichtige Rolle spielen, nur auf geringe Resonanz.

Persönliche Vergeltungsgefühle als Motiv.

Einreiseverbot gegen deutschsprachige Propagandisten

fedpol (DAP) verhängte gegen drei Mitglieder eines extremistischen Netzwerks in Deutschland Einreiseverbote. Neben anderen Mitgliedern des Netzwerks werden die drei arabischstämmigen Deutschen verdächtigt, mit ihren deutschsprachigen Propagandaaktivitäten nichtarabische Muslime sowie zum Islam konvertierte Personen zu radikalisieren. Im Berichtsjahr nahmen die drei Propagandisten in der Schweiz an sogenannten deutsch-schweizerischen Islamseminaren mit nichtarabischen Muslimen und Konvertiten teil. Zwei von ihnen wurde das Einreiseverbot eröffnet, als sie Mitte November versuchten, für ein weiteres Islamseminar in die Schweiz einzureisen.

Deutsch-schweizerische Islamseminare mit nichtarabischen Muslimen und Konvertiten.

Islamismus mit südosteuropäischem Hintergrund

Grundsätzlich finden islamistische Strömungen in Südosteuropa weiterhin keinen grossen Anklang und stossen in der lokalen Bevölkerung mehrheitlich auf Ablehnung. In verschiedenen westeuropäischen Ländern verstärkten sich jedoch die Aktivitäten islamistischer Gruppen mit südosteuropäischem Hintergrund. Aufgrund der grossen südosteuropäischen Diasporagemeinschaft hierzulande, ist der Islamismus mit

südosteuropäischem Hintergrund von Bedeutung. Auch in der Schweiz lebt ein Personenkreis aus dieser Region, welcher der salafistischen Bewegung vom Westbalkan zuzurechnen ist. Einzelne Aktivisten sind in der Schweiz bereits mit radikalen Äusserungen oder Aufrufen zum Dschihad in Erscheinung getreten. Als einende organisatorische Struktur diente die sowohl auf dem Balkan wie auch in der Diaspora aktive und inzwischen aufgelöste Aktive Islamische Jugend (Aktivna Islamska Omladina, AIO). Die Bestrebungen zum Aufbau einer Nachfolgeorganisation lassen teilweise Tendenzen einer zunehmenden Radikalisierung erkennen.

Verstärkte Aktivitäten islamistischer Gruppen mit südosteuropäischem Hintergrund in Westeuropa.

Die in der Schweiz tätigen Islamisten vom Westbalkan propagierten insbesondere ihre Ideologie mittels verschiedener Medien und indoktrinierten andere Muslime. Konkrete Organisationsstrukturen der AIO und deren Nachfolgeorganisation konnten bisher nicht festgestellt werden. Auch im Rahmen der salafistischen Internetpropaganda waren einzelne Personen vom Westbalkan aktiv.

BEURTEILUNG

Dschihadismus weiterhin dynamisch

Der Dschihadismus blieb 2008 eine unvermindert dynamische terroristische Strömung. Er ist nach wie vor eine Bedrohung für westeuropäische Staaten und ihre Gesellschaften. War bis 2007 der Irak sein hauptsächliches Kampfgebiet, so begann im Berichtsjahr eine Verlagerung in den afghanisch-pakistanischen Raum. Im Berichtsjahr wurden in Europa vermehrt organisierte Reisebewegungen von Dschihadisten in diese Region und wieder zurück festgestellt. Im Irak wurde die al-Qaida durch zusätzliche Einschränkung ihrer Operationsfähigkeit weiter geschwächt, womit ein massiver Rückgang ihrer Sprengstoffanschläge einherging. Trotzdem verübte sie zahlreiche Selbstmordattentate mit hohen Opferzahlen. Im Maghreb konsolidierte die zu Beginn 2007 entstandene AQIM ihre dschihadistischen Aktivitäten. Das Horn von Afrika entwickelte sich zu einem neuen Operationsfeld des Dschihadismus; in Somalia wurden mehrere Selbstmordanschläge verübt. Obwohl Indien auch in den Vorjahren vom islamistischen Terrorismus betroffen war, erreichte dieser insbesondere mit den Terrorakten von Mumbai eine neue Intensität.

Weiterhin eine Bedrohung für westeuropäische Staaten und ihre Gesellschaften.

Islamkritik als Anschlagsmotiv. Autobombenanschlag gegen die dänische Botschaft im Islamabad am 2. Juni 2008. FOTO KEYSTONE

Europa im Blickfeld der AQIM

Auch im Berichtsjahr bedrohte die AQIM in Propagandavideos und -texten im Internet wiederholt europäische Staaten, namentlich Frankreich und Spanien, und kündete Anschläge gegen westliche Interessen und Personen an. Zwar ist es der AQIM nicht gelungen, ihr Gewicht durch den Zusammenschluss mit anderen in Nordafrika verankerten Dschihadistengruppen und -netzwerken zu steigern; es handelt sich bei der AQIM um einen losen Verbund regionaler Einheiten unter der Führung mehr oder weniger autonomer Emire. Auch in Europa verfügt sie bisher nicht über gefestigte Strukturen. Dennoch gelang es ihr, durch die Internationalisierung ihrer Strategie sowohl in Nordafrika wie auch in Europa neue Kämpfer und Sympathisanten zu gewinnen. Namentlich wurden Freiwillige mit dem Versprechen zur AQIM gelockt, dort ein Training für den Kampf im Irak oder in Afghanistan zu erhalten. Entgegen ihrer anfänglichen Absicht verblieben einige in den Reihen der AQIM, andere wurden in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt, um dort eigenständig weiter tätig zu sein. Ähnlich der Terrorzelle im deutschen Sauerland mit Verbindungen zur IJU besteht

AQIM verfügt in Europa nicht über gefestigte Strukturen.

auch hier die Gefahr, dass in Europa kleine Zellen maghrebinischer Islamisten mit mehr oder minder direkter Verbindung zur AQIM terroristische Absichten verfolgen. Umfeldbeobachtungen lassen dies auch in der Schweiz als möglich erscheinen.

Kritik am Islam zunehmend ein Anschlagsmotiv

In einem im Internet verbreiteten Communiqué bekannte sich die al-Qaida in Afghanistan anfangs Juni zum Selbstmordanschlag auf die dänische Botschaft in Islamabad und bezeichnete diesen als Racheakt für die erneute Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen in dänischen Medien im Februar. Sie habe damit die Drohung Usama Bin Ladins umgesetzt, der in einer im März veröffentlichten Audiobotschaft den EU-Ländern für deren angeblich zügellose Redefreiheit mit ebenso zügellosen Vergeltungsaktionen gedroht hatte.

Racheakt für die erneute Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen.

In dschihadistischen Internetforen wurde der Anschlag auf die Botschaft als Beginn einer neuen islamistischen Gewaltkampagne gefeiert, die den Westen vor einer weiteren «Beleidigung des Gesandten» abschrecken sollte. Bereits im Februar waren im dänischen Aarhus drei Maghrebiner festgenommen worden, die mutmasslich die Ermordung eines Mohammed-Karikaturisten geplant hatten. Im September wurden in London drei Männer unter dem Verdacht festgenommen, einen Brandanschlag auf ein Verlagshaus verübt zu haben. Der Verlag stand kurz davor, einen Roman über eine Ehefrau Mohammeds zu veröffentlichen. Auch die in der Schweiz lancierte Minarett-Initiative wird in einigen Kreisen als antiislamisch empfunden und könnte islamistischen Gewaltextremisten zur Legitimation und Motivation für einen terroristischen Anschlag dienen. Sie wurde in dschihadistischen Medien bisher allerdings kaum beachtet.

Roman über eine Ehefrau Mohammeds als Motiv für einen Brandanschlag.

Vernetzungsbestrebungen unter Salafisten

Gegenwärtig stellen Aktivitäten von Islamisten vom Westbalkan für die innere Sicherheit der Schweiz keine direkte Gefahr dar. Hinweise auf Planung oder Vorbereitung von Gewalt- beziehungsweise Terrorakten, an denen sich Personen vom Westbalkan beteiligten, gab es in der Schweiz bisher nicht. Im Berichtsjahr war in der Schweiz die Kontaktnahme von südosteuropäischen Islamisten zum nordafrikanischen salafistischen Milieu festzustellen, was zur Radikalisierung in der südosteuropäischen Diasporagemeinde, insbesondere unter der jüngeren Generation, führen könnte. Die internationalen Verbindungen der in der Schweiz agierenden arabischen Salafisten, etwa ins Umfeld der in Deutschland festgenommenen Sauerland-Zelle und zu ähnlichen Zellen in anderen europäischen Staaten, verdeutlicht das Potenzial dieser Netzwerke, das nicht nur Logistik und Propaganda beinhaltet, sondern möglicherweise auch operative Absichten. Konkrete Hinweise auf Anschlagsplanungen in der Schweiz liegen jedoch nicht vor.

Mögliche Radikalisierung in der südosteuropäischen Diasporagemeinde.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Breites Gefahrenspektrum

Der Dschihadismus wird auch in den nächsten Jahren dynamisch bleiben. Westeuropa muss weiterhin mit der Propagierung, Planung, Vorbereitung und Durchführung von islamistisch motivierten Gewalt- oder Terrorakten rechnen. Ähnlich wie in den Vorjahren werden sowohl autonome als auch unmittelbar mit der Kern-al-Qaida verbundene Dschihadisten in Erscheinung treten. Als Anschlagsrechtfertigung wird ihnen zum Beispiel das militärische Engagement in einem muslimischen Land oder zunehmend die vermeintliche Kritik am Islam und seinem Propheten dienen. Vergleiche mit in anderen westeuropäischen Ländern ausgehobenen Terrorzellen und ihren Vorhaben zeigen, dass sich auch in der Schweiz solche Strukturen herausbilden können und sich rasch ein entsprechendes Gefahrenpotenzial entwickeln kann.

Propagierung, Planung, Vorbereitung und Durchführung von Gewalt- oder Terrorakten in Europa.

Eine weitere Verschärfung der Gefahrenlage in der Schweiz kann sich aus der möglichen Radikalisierung einiger Anhänger der aufgelösten Aktiven Islamischen Jugend sowie aus der erwähnten Annäherung von Islamisten vom Westbalkan und aus nordafrikanischen salafistischen Milieus ergeben. Eine analoge Ent-

wicklung ist überdies auch im türkischen Islamismus möglich.

Dschihadisten in der propagandistischen Defensive

Im Berichtsjahr äusserten sich mehrere Dschihadveteranen und salafistische Ideologen, die früher den bewaffneten Kampf unterstützt hatten, gegen das terroristische Vorgehen der al-Qaida.

Kritik am terroristischen Vorgehen der al-Qaida.

Namentlich die Kritik des Anführers des ägyptischen Islamischen Dschihad veranlasste den Chefideologen der al-Qaida, Ayman az-Zawahiri, sogar zu einer ausführlichen Rechtfertigung. Darüber hinaus führten bekannte wahhabitische Kleriker in Saudi-Arabien eine erfolgreiche Kampagne gegen den Terrorismus und konnten mehrere dschihadistische Kämpfer überzeugen, sich von der al-Qaida loszusagen.

In einem im September veröffentlichten Propagandavideo rechtfertigte sich die AQIM gegen Vorwürfe, wonach bei ihren zahlreichen Anschlägen unschuldige muslimische Zivilisten ums Leben kämen. Die AQIM beteuerte, dass sie alles unternehme, um Unschuldige zu verschonen. Man kämpfe mit gezielten Anschlägen nur gegen vom Islam abgefallene Behörden, Sicherheitskräfte und mit ihnen zusammenarbeitende Ausländer. Nur Heuchler würden die Mudschaheddin als Mörder von Muslimen bezeichnen, in Wahrheit seien die Mudschaheddin die Befreier der Muslime.

Es kann davon ausgegangen werden, dass Einwände aus islamistischen Kreisen gegen gewaltextremistische Methoden des Dschihadismus kurz- und mittelfristig weitere Verbreitung finden werden. Diese Kritik am Terror darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Dschihadismus sich ideologisch und propagandistisch weiterhin als sehr beweglich und wirksam erweisen dürfte.

Dschihadismus bleibt ideologisch und propagandistisch sehr beweglich und wirksam.

3. Organisierte Kriminalität

3.1	Organisierte Kriminalität nach Herkunft der Gruppen	24
3.1.1	Kriminelle Gruppen aus der GUS	24
3.1.2	Kriminelle Gruppen aus Südosteuropa	25
3.1.3	Westafrikanische Netzwerkkriminalität	27
3.1.4	Kriminelle Gruppen aus Italien	28
3.1.5	Chinesische organisierte Kriminalität	29
3.2	Hauptdeliktsbereiche organisierter Kriminalität	31
3.2.1	Betäubungsmittel	31
3.2.2	Menschenschmuggel	33
3.2.3	Menschenhandel	35
3.2.4	Geldwäscherei	36
3.2.5	Korruption	37

In diesem Kapitel werden wichtige Gruppen beschrieben, die in der organisierten Kriminalität der Schweiz eine Rolle spielen. Danach wird auf die in der Schweiz für die organisierte Kriminalität bedeutsamen illegalen Märkte respektive Deliktsbereiche eingegangen. Die Auswahl richtet sich einerseits nach der Bedeutung der Gruppen respektive der illegalen Märkte und Deliktsbereiche. Andererseits werden durch grössere Verfahren oder Auswertungsprojekte die Schwerpunkte der Analysen in jedem Jahr ein wenig anders gelegt – die Liste der berücksichtigten Gruppen und Deliktsfelder ist demnach gewichtet und nicht abschliessend.

3.1 Organisierte Kriminalität nach Herkunft der Gruppen

3.1.1 Kriminelle Gruppen aus der GUS

LAGE

Lage international

Obwohl ranghohe mutmassliche Vertreter der russischen organisierten Kriminalität inhaftiert worden sind, gibt es keine Anzeichen dafür, dass der Einfluss krimineller Gruppierungen abgenommen hat. Laut russischen Angaben drangen kriminelle Organisationen immer mehr in die legale Wirtschaft und in die Politik vor. Sie interessierten sich vor allem für die gewinnträchtige Energiebranche; der Diebstahl von Erdöl und Erdölprodukten war zur Zeit der hohen Rohstoffpreise äusserst einträglich. Die kriminellen Gruppen arbeiteten mit Spezialisten zusammen und setzten modernste Techniken ein.

Ranghohe mutmassliche Vertreter der russischen organisierten Kriminalität inhaftiert.

Die Korruption ist im Raum der GUS nach wie vor stark verbreitet; der Grossteil der GUS-Staaten ist auf dem Index von Transparency International weiter zurückgefallen.

Lage Schweiz

Das Bundesstrafgericht verurteilte im Juli 2008 einen Schweizer Anwalt wegen Gehilfenschaft zu ungetreuer Geschäftsbesorgung zu einer bedingten Freiheitsstrafe und einer unbedingten Geldstrafe. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Anwalt dem damaligen Verantwortlichen der halbstaatlichen russischen Fluggesellschaft Aeroflot dabei behilflich gewesen war, ein Konstrukt aufzubauen, durch das die russische Firma Aeroflot geschädigt wurde und eine Schweizer Firma einen erheblichen Ertrag erzielen konnte. Das Urteil war bei Redaktionsschluss noch nicht rechtskräftig.

Schweizer Anwalt wegen Gehilfenschaft zu ungetreuer Geschäftsbesorgung verurteilt.

Es ist davon auszugehen, dass hochrangige Vertreter krimineller Organisationen nach wie vor versuchen, den Schweizer Finanzplatz zur Geldwäscherei zu missbrauchen. Dabei werden sie von einem Netz von Anwälten, Treuhändern und Strohmännern unterstützt. Personen mit zweifelhaftem Ruf versuchen auch, sich durch Wohltätigkeitsfonds politisches Wohlwollen und gesellschaftliche Akzeptanz zu sichern. Im Berichtsjahr gab es Hinweise, wonach in der Schweiz registrierte Firmen in Drogenhandel und Mehrwertsteuerbetrug durch Kriminelle aus der GUS involviert sind. Es liessen sich Personen in der Schweiz nieder, die vermutlich dank guter Beziehungen zu den Staatsorganen ihrer Herkunftsländer zu grossem Reichtum gelangt sind oder die verdächtigt werden, Kontakte zur organisierten Kriminalität zu unterhalten.

Netz von Anwälten, Treuhändern und Strohmännern in der Schweiz.

Russische Rohstoffhändler in der Schweiz

Die Schweiz ist in den letzten Jahren zu einem der bedeutendsten Rohstoffhandelsplätze der Welt geworden, wozu russische Händler wesentlich beigetragen haben. Rund ein Drittel des globalen Rohölhandels wird in Genf finanziert, darunter drei Viertel der russischen und der Hauptteil der kasachischen Exporte. Es gibt

Hinweise, dass Rohstofffirmen der GUS eng mit den Nachrichtendiensten kooperieren und dass auch kriminelle Organisationen beträchtlichen Einfluss auf die Rohstoffgeschäfte haben. In manchen Fällen besteht der Verdacht, dass die Gewinne des Handels über ein verzweigtes Netz von Offshorekonten dem Staat entzogen und in private Kanäle geleitet werden.

Hinweise auf enge Kooperation von russischen Rohstofffirmen mit den Nachrichtendiensten.

BEURTEILUNG

Bedrohung für den Ruf des Finanzplatzes

Vertreter krimineller Organisationen aus der GUS treten in der Schweiz kaum als Kriminelle in Erscheinung und sind fast ausschliesslich in Finanzdelikte involviert. Sie stellen daher in erster Linie eine Bedrohung für den Ruf des Finanzplatzes Schweiz dar. Mit den zahlreichen hier registrierten Rohstoffhandelsfirmen aus der GUS läuft die Schweiz auch Gefahr, Verbindungen zwischen Nachrichtendiensten und organisierter Kriminalität eine Plattform zu bieten, was auch das Ansehen des Rohstoffhandelsplatzes in Mitleidenschaft ziehen könnte.

Vertreter krimineller Organisationen fast ausschliesslich in Finanzdelikte involviert.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Auswirkungen der Finanzkrise

Russland und andere Mitglieder der GUS sind von der globalen Finanzkrise weit stärker betroffen als andere Industriestaaten. Die russischen Aktien haben von Januar bis Ende Oktober 2008 teilweise über fünfzig Prozent ihres Werts eingebüsst, die Rohstoffpreise sind zusammengebrochen, ausländische Investitionen wurden zurückgezogen, der Rubel verlor an Wert. Es gibt Schätzungen, wonach russische Oligarchen im Berichtsjahr bis zu 240 Milliarden US-Dollar an Vermögen verloren haben. Diese Entwicklungen werden einerseits auch die Finanzkraft krimineller Anleger und Investoren schwächen. Andererseits ist damit zu rechnen, dass wegen der schlechten Prognosen für den russischen Finanzmarkt kriminell erworbene Mittel vermehrt im Ausland angelegt werden.

Kriminell erworbene Mittel werden mutmasslich vermehrt im Ausland angelegt.

3.1.2 Kriminelle Gruppen aus Südosteuropa

LAGE

Lage in Südosteuropa

In einigen Ländern Südosteuropas blieben die Verbindungen krimineller Organisationen mit allen Ebenen des Staates und mit der Gesellschaft weitgehend unangetastet. Verschiedene staatliche Posten sind mit Personen besetzt, die sich in der Einflusssphäre der kriminellen Gruppen bewegen.

Auch Schlüsselbereiche der Wirtschaft blieben von kriminellen Strukturen beeinflusst. Die familiären und geografischen Bezüge der im In- und Ausland aktiven Gruppierungen sind ausserordentlich dicht. Weiterhin profitieren die kriminellen Gruppen von der prekären Wirtschaftslage in der Region.

Lage in der Schweiz

Die Aktivitäten krimineller Gruppen aus Südosteuropa, sowohl ethnisch-albanischer wie slawischer Herkunft, blieben im Berichtsjahr auf hohem Niveau konstant. Dies ist in der Schweiz seit mehreren Jahren zu beobachten.

Aktivitäten krimineller Gruppen aus Südosteuropa auf hohem Niveau konstant.

Die kriminellen Tätigkeiten südosteuropäischer krimineller Gruppen lagen in der Schweiz weiterhin schwergewichtig im Betäubungsmittelhandel, erstreckten sich aber auch auf Menschenhandel zu Zwecken der Prostitution, Menschen-, Waffen- und Zigarettenschmuggel sowie Geldwäscherei.

Die Strukturen der kriminellen Gruppen blieben unverändert. Die Strafverfolgungsbehörden haben es weiterhin mit opportunistischen und flexiblen, transnational tätigen Netzwerken zu tun, die sich teils aus Angehörigen derselben Familie respektive demselben Clan zusammensetzen oder auf Kontakten aus dem Herkunftsort basieren. Dabei greifen südosteuropäische kriminelle Gruppen für untergeordnete Aufgaben wie Kurierfahrten oder Strassenverkauf beim Betäubungsmittelhandel vermehrt auf Personen ausserhalb der eigenen Strukturen und meist anderer Nationalität zurück.

Verurteilung in der Schweiz

Das Bundesstrafgericht verurteilte am 30. Oktober 2008 den Anführer einer kriminellen Gruppe aus dem Kosovo wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren. Ein Bruder des Angeklagten wurde wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Gruppe zu zwei Jahren verurteilt, vom Vorwurf der Geldwäscherei wurde er ebenso wie der Vater freigesprochen. Die international tätige Organisation hatte seit Mitte der 1990er-Jahre vom Kosovo aus Heroin nach Westeuropa geschmuggelt und damit gehandelt. Etwa 1'400 Kilogramm im Wert von 25 Millionen Schweizer Franken konnte die Polizei europaweit beschlagnahmen, unter anderem in der Schweiz. Die aufwendigen Ermittlungen, die auch zu Verhaftungen im Ausland führten, hatten sechs Jahre gedauert.

Freiheitsstrafen wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation.

BEURTEILUNG

Verflechtungen auf verschiedenen Ebenen

Schwache oder fehlende Rechtsstaatlichkeit einiger Staaten Südosteuropas eröffnet der organisierten Kriminalität mannigfache Möglichkeiten. So liegt es im Interesse der kriminellen Gruppen, die Instabilität und Schwäche dieser Staaten bis zu einem gewissen Grad zu fördern. Die Strafverfolgung wird durch die Verflechtung krimineller Akteure mit staatlichen und politischen Organen erschwert.

Der Fall des in der Schweiz wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation Verurteilten unterstreicht die Bedeutung der Bekämpfung südosteuropäischer organisierter krimineller Gruppen. Er zeigt aber auch die Komplexität von Ermittlungen gegen transnationale kriminelle Netzwerke mit Bezügen in ihre Heimatregion. Die Vertiefung der Zusammenarbeit der Schweizer Strafverfolgungsbehörden mit den verantwortlichen lokalen und internationalen Behörden vor Ort bleibt unerlässlich. Eine weitere Stärkung des Rechtsstaats vor Ort bleibt ebenfalls wichtig, wozu die Schweiz im internationalen oder multilateralen Rahmen Beiträge leisten kann.

Vertiefung der Zusammenarbeit unerlässlich.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Keine grundlegenden Veränderungen

Aufgrund der unverändert starken Verflechtungen krimineller Gruppen mit Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie der stagnierenden Wirtschaft und mangelnden Perspektiven in Südosteuropa ist mittelfristig nicht mit einem Rückgang der Aktivitäten südosteuropäischer krimineller Gruppen in der Schweiz zu rechnen. Ebenfalls dürften sich die Strukturen, Vorgehensweisen und Tätigkeitsfelder der südosteuropäischen kriminellen Gruppen nicht grundlegend verändern, sich aber dank deren Flexibilität rasch an veränderte Bedingungen anpassen. Die Annäherungsprozesse an die EU werden frühestens mittelfristig eine grundlegende Änderung herbeiführen.

Mittelfristig kein Rückgang der Aktivitäten südosteuropäischer krimineller Gruppen.

3.1.3 Westafrikanische Netzwerkkriminalität

LAGE

Lage international

Seit rund vier Jahren stellt Westafrika eine wichtige Transitzone für Kokain dar, das aus Lateinamerika stammt und für Europa bestimmt ist. Ein Viertel bis zwei Fünftel des nach Europa geschmuggelten Kokains wird über Afrika transportiert. Im Berichtsjahr wurde deutlich mehr Kokain beschlagnahmt als in den Vorjahren, so wurden beispielsweise in Guinea im August und September sieben Tonnen sichergestellt, während es im Vorjahr nur eine Tonne gewesen war.

Westafrika als wichtige Transitzone für Kokain.

Die bedeutende Zunahme des Schmuggels macht diesen zu einer schwerwiegenden Bedrohung der Sicherheit in der Region, gerade auch, weil es sich um ein transnationales Phänomen handelt. Der Schmuggel dehnt sich auf alle westafrikanischen Länder aus, die Eintrittstüren vervielfältigen sich und mehrere Länder wie etwa Guinea-Bissau, Togo oder Guinea werden zu Drehscheiben.

Lage Schweiz

Die westafrikanischen, insbesondere nigerianischen kriminellen Netzwerke sind in allen Drogenmärkten aktiv. Die Schweiz stellt hier keine Ausnahme dar. Die Anzahl afrikanischer Staatsbürger, die bei Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz festgestellt wurden, nahm in den letzten Jahren stark zu. Die grosse Mehrheit stammt aus Westafrika, insbesondere aus Nigeria und etwas weniger häufig aus Guinea und Sierra Leone. Im Februar 2008 wurde in Basel der Prozess gegen drei Nigerianer eröffnet, denen vorgeworfen wird, in der Schweiz 235 Kilogramm Kokain verkauft zu haben.

Westafrikanische kriminelle Netzwerke in allen Drogenmärkten aktiv.

Es bestehen Verbindungen zwischen verschiedenen Deliktsfeldern wie dem Kokainhandel, illegaler Migration, Menschenhandel, Betrug oder Dokumentenfälschung.

Portionierte Kleinmengen Kokain für Strassenverkauf. Der Strassenverkauf von Kokain wird in der Schweiz von westafrikanischen Gruppen dominiert. FOTO POLIZEI

BEURTEILUNG

Flexible kriminelle Gruppen

Auf dem europäischen wie dem schweizerischen Kokainmarkt sind westafrikanische, insbesondere nigerianische Staatsbürger in allen Bereichen anzutreffen. Sie sind mobil und handeln professionell. Sie nutzen die Mittel der Telekommunikation effizient. Sie sind in flachen Hierarchien organisiert und wechseln immer wieder die Schmuggelwege und Transportmittel.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Prioritäten in Europa

In Europa ist man sich der Zunahme der Kriminalität und des Kokainhandels in Westafrika bewusst. Die Europäische Kommission räumt Afrika höchste Priorität ein, wobei das Augenmerk hauptsächlich der Stabilisierung der Region gilt. Die Anzahl der im Zusammenhang mit Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz festgestellten afrikanischen Staatsbürger zeigt, dass die Schweiz hiervon nicht ausgenommen ist und ihre Anstrengungen vornehmlich auf den Betäubungsmittelhandel westafrikanischer Akteure ausrichten muss.

Stabilisierung der Region.

3.1.4 Kriminelle Gruppen aus Italien

LAGE

Hoher Umsatz der Mafia

Die italienische Unternehmervereinigung Confesercenti schätzt den Umsatz der italienischen organisierten Kriminalität für das Jahr 2007 auf 130 Milliarden Euro. Die vier wichtigsten mafiösen Gruppen Italiens, das heisst die Cosa Nostra, die 'Ndrangheta, die Camorra und die Sacra Corona Unita, ziehen ihren Gewinn hauptsächlich aus dem Handel mit Betäubungsmitteln und mit Waffen, aus Wucher und Schutzgelderpressung.

Cosa Nostra

Cosa Nostra, eine kriminelle Organisation mit sizilianischen Wurzeln, war im Berichtsjahr im Begriff sich zu reorganisieren, nachdem seit 2006 ihre wichtigsten Bosse nacheinander verhaftet worden waren. Um die Neubesetzung der Führungsposten fanden Machtkämpfe statt.

'Ndrangheta

Im Berichtsjahr wurden zwei Prozesse gegen etwa fünfzig mutmassliche Mitglieder der 'Ndrangheta eröffnet. Hintergrund sind Auseinandersetzungen zwischen zwei Clans. Die Prozesse stehen im Zusammenhang mit der Ermordung von sechs Personen in Duisburg im Jahr 2007, was in Italien zur Festnahme von etwa vierzig mutmasslichen Angehörigen zweier verfeindeter Familien führte. Wegen der Morde auf deutschem Staatsgebiet verstärkten die deutsche und die italienische Polizei ihre Ermittlungen gegen die kalabresische kriminelle Organisation.

Verstärkte Ermittlungen der deutschen und italienischen Polizei gegen die 'Ndrangheta.

Camorra

Den italienischen Behörden gelangen im Berichtsjahr mehrere Schläge gegen die aus der Region Neapel stammende Camorra. Ein 1998 eingeleitetes Verfahren gegen einen in der Region Caserte ansässigen Clan führte im Berichtsjahr zu lebenslangen Freiheitsstrafen für 16 Mitglieder dieses Clans wegen mehrfachen Mordes. Die Erfolge der Behörden konnten hingegen einen Anstieg der Gewalt nicht verhindern. Nach dem Mord an sechs afrikanischen Immigranten und den darauf folgenden Unruhen in der Provinz Caserte wurden etwa dreissig Mitglieder desselben Clans verhaftet und Güter im Wert von hundert Millionen Euro beschlagnahmt. Um die Ruhe in der Region wiederherzustellen, setzte die italienische Regierung an die tausend Polizisten und Militärpersonen ein. Wahrscheinlich finden die jüngsten Verbrechen ihre Ursache darin, dass Mitglieder der Camorra und afrikanische Staatsbürger im regionalen Betäubungsmittelhandel konkurrieren.

Einsatz von an die tausend Polizisten und Militärpersonen.

Sacra Corona Unita

Die Sacra Corona Unita stammt aus Apulien und ist flach organisiert. Sie wurde in den 1970er-Jahren gegründet und ist die jüngste der italienischen mafiösen Gruppierungen. Sie trat insbesondere im Schmuggel von Heroin, das vom benachbarten Balkan stammt, und im Zigarettenschmuggel hervor. Seit den 1990er-Jahren ist sie zudem in Menschenhandel mit Zielland Italien involviert.

BEURTEILUNG

'Ndrangheta in der Schweiz

Die 'Ndrangheta ist in der Schweiz eine der aktivsten kriminellen Organisationen. Sie konzentriert sich auf den Handel mit Kokain und Waffen, auf Geldwäscherei und Betrug. Sie investiert ins Baugewerbe, den Immobilienhandel und das Gastgewerbe. Die Grenzkantone wie etwa Tessin und Wallis sind besonders betroffen. Die 'Ndrangheta ist in der Wirtschaftskriminalität aktiv, wozu sie die Zusammenarbeit mit Finanz- und Bankspezialisten befähigt. Ermittlungen haben gezeigt, dass von der italienischen Justiz gesuchte Personen sich in der Schweiz befinden. Diese greifen dabei auf die Unterstützung insbesondere von in der Schweiz niedergelassenen oder eingebürgerten Verwandten zurück.

Eine der aktivsten kriminellen Organisationen in der Schweiz.

Strafverfahren in der Schweiz

Die Camorra war während der letzten Jahre insbesondere in den Bereichen Betrug, Geldwäscherei und dem Schmuggel von Zigaretten, Betäubungsmitteln und gefälschten Textilprodukten aktiv. Im Berichtsjahr überwies die Bundesanwaltschaft dem Bundesstrafgericht die Anklage gegen zehn Personen, die verdächtigt werden, Geld für die Camorra und die Sacra Corona Unita gewaschen zu haben. Das Geld stammte aus dem Zigarettenschmuggel. Bargeld illegaler Herkunft wurde gemäss Anklage durch Kuriere in die Schweiz gebracht und auf Konten von Privatpersonen oder Strohfirmen einbezahlt. Die Gelder wurden mutmasslich anschliessend in den Zigarettenschwarzmarkt reinvestiert, der von Montenegro aus Italien versorgte. Die Verdächtigen besetzten mutmasslich zentrale Funktionen in den hauptsächlich in Lugano platzierten Geldwäschereistrukturen. Ihnen wird vorgeworfen, Teile der erzielten Gewinne abgeschöpft, kriminelle Organisationen international aktiv unterstützt und Gewalt eingesetzt zu haben.

Geldwäscherei im Zusammenhang mit Zigarettenschmuggel.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Folgen der Finanzkrise

In Italien wird befürchtet, dass die organisierte Kriminalität von der durch die Finanzkrise bedingten Schwäche der italienischen Unternehmen mit einem Ausbau ihrer Stellung, insbesondere durch den Erwerb von Immobilien und Unternehmen, profitieren könnte. Die bedeutenden Geldmittel, über welche die kriminellen Organisationen verfügen, könnten insbesondere in den Hausbau, den Detailhandel und ins Gastgewerbe investiert werden.

Organisierte Kriminalität als Nutzniesser der Finanzkrise?

Ausgreifen in die Schweiz

Die 'Ndrangheta und die Camorra sind in Norditalien Konkurrenten um die Kontrolle des Betäubungsmittelmarkts. Die Aktivitäten dieser beiden mafiösen Gruppen wie auch diejenigen anderer italienischer krimineller Gruppen können sich jederzeit auf die Schweiz ausdehnen, sowohl was Geldwäscherei betrifft als auch die Infiltration der Wirtschaft.

3.1.5 Chinesische organisierte Kriminalität

LAGE

Sonderfall Schweiz

Im internationalen Vergleich fällt die chinesische Einwanderung in die Schweiz kaum ins Gewicht. Gerade im Vergleich mit Frankreich, Italien und Deutschland ist die Schweiz ein Sonderfall, was die illegale Immigration von Chinesen angeht. Experten gehen davon aus, dass sich etwa tausend Chinesen illegal in der Schweiz aufhalten. Auch hinsichtlich des Profils der chinesischen Einwanderer ist die Schweiz ein Spezialfall, handelt es sich doch hauptsächlich um junge Menschen, Studenten und mehrheitlich um Frauen, die in die Schweiz immigrieren.

Die Chinesen in der Schweiz bilden keine stark vernetzte Gemeinschaft und sind auf das ganze Land verteilt. Sie konzentrieren sich wie überall in den Städten. Es gibt in der Schweiz allerdings derzeit keine sogenannten Chinatowns, also Stadtviertel mit beinahe ausschliesslich chinesischen Bewohnern. Diese sind einer der wichtigsten Faktoren, die zur Entstehung chinesischer krimineller Organisationen führen.

Chinatowns als Entstehungsfaktor für chinesische kriminelle Organisationen.

Lage Schweiz

Unter den bevorzugten Deliktsfeldern chinesischer krimineller Organisationen sind für die Schweiz zwei wichtig, nämlich illegale Migration und Kreditkartenbetrug.

Die Schweiz, insbesondere der Flughafen von Genf, bleibt eine wichtige Drehscheibe für chinesische Linienflüge mit Destination Schengen-Raum. Sie bleibt hauptsächlich Transitland, auch wenn ein Teil der heimlichen Einwanderer in der Schweiz bleibt, um hauptsächlich im Gastgewerbe schwarz zu arbeiten.

Schweiz als Transitland für chinesische Migration.

Verglichen mit anderen ethnischen Gruppen in der Schweiz, haben Chinesen seltener mit Delikten zu tun, und wenn doch, so handelt es sich um kleinere Delikte. Mit Ausnahme eines bewaffneten Raubes wurde seit 2002 keine einzige von einem Chinesen mit qualifizierter Gewalt begangene Tat festgestellt.

Vom Phänomen des Kreditkartenbetrugs wird die Schweiz nicht verschont. Die Vorgehensweise hier ist mit der in anderen europäischen Ländern vergleichbar. Die Anzahl der Betrügereien bleibt aber tief.

BEURTEILUNG

Keine Bedrohung der inneren Sicherheit

Aus dem Profil der chinesischen Einwanderung in die Schweiz, insbesondere aus dem Fehlen von Chinatowns, geht hervor, dass es keine endogenen chinesischen kriminellen Organisationen gibt. Auch liegen keine Hinweise auf solche vor. Hingegen sind für manche Delikte Verbindungen zu im Ausland ansässigen chinesischen kriminellen Organisationen wahrscheinlich. Insgesamt stellt die chinesische organisierte Kriminalität derzeit keine Bedrohung der inneren Sicherheit der Schweiz dar.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Schweiz bleibt Transitland

Mittelfristig wird es keine bedeutende Zunahme der chinesischen Wohnbevölkerung in der Schweiz geben, und höchstwahrscheinlich wird die Zunahme auch längerfristig nicht so stark sein, dass die kritische Masse zur Bildung von Chinatowns erreicht wird. Chinatowns sind notwendige Bedingungen dafür, dass endogene kriminelle Organisationen entstehen. Hinzu kommt, dass die Wohnbevölkerung durch ihren hauptsächlich studentischen Charakter und ihre geringe Grösse keinen Anziehungsfaktor für illegale Einwanderung bildet (Pull-Effekt). Die Schweiz wird hauptsächlich ein Transitland bleiben.

Chinesische Wohnbevölkerung kein Anziehungsfaktor für Einwanderung.

Entführungen von Studenten

In Grossbritannien ist mit der Entführung reicher oder vermeintlich reicher chinesischer Studierender ein neues Phänomen aufgetaucht. Bisher gab es in der Schweiz keinen solchen Fall. Dies könnte sich aber ändern, da sich an Universitäten und Technischen Hochschulen mögliche Opfer ebenso finden wie unter den hochqualifizierten Angestellten grosser Unternehmen.

Mögliche Opfer in der Schweiz?

3.2 Hauptdeliktsbereiche organisierter Kriminalität

3.2.1 Betäubungsmittel

LAGE

Heroin

Die Produktion von Opium und Heroin in Afghanistan übertrifft seit mehreren Jahren die globale Nachfrage. Auswirkungen dieser Überproduktion sind auf dem Schweizer Heroinmarkt aber bislang nicht greifbar.

Ethnische Albaner dominieren den Heroinschmuggel und den Handel mit Heroin in der Schweiz. Neben ihnen wurden im Berichtsjahr vermehrt Personen aus dem Irak und dem Iran, gegenüber früheren Jahren aber weniger Serben, Westafrikaner und Georgier festgestellt; diese Gruppen waren im Heroinhandel jedoch auch früher von untergeordneter Bedeutung. Im Strassenhandel betätigten sich zudem auch Süchtige aus der Schweiz. Der Heroinpreis blieb tief; die Polizeidienste stellen seit Jahren einen leicht rückläufigen Heroinkonsum fest.

Ethnische Albaner dominieren den Heroinmarkt in der Schweiz.

Kokain

Kokain aus Lateinamerika gelangt über drei Routen nach Europa, direkt oder per Transit über die Karibik respektive Westafrika. Personen aus Westafrika sowie aus der Dominikanischen Republik dominieren den Kokainhandel in der Schweiz. Vermehrt wurden aber auch Schweizer und Türken festgestellt. Daneben gibt es weitere Personen und Gruppen, die regional aktiv sind.

Nach dem Rekordjahr 2007 stellten Zoll und Polizei im Berichtsjahr weniger Kokain sicher; nach polizeilicher Einschätzung nahm der Kokainkonsum jedoch nicht ab. Aus mehreren Regionen der Schweiz liegen Berichte vor, dass Kokain in Form von Freebase oder Crack konsumiert wird; bei den Konsumenten handelt es sich meist um Mehrfachabhängige aus der Drogenszene.

Keine Abnahme des Kokainkonsums in der Schweiz.

Synthetische Drogen

Amphetaminderivate wurden nach wie vor hauptsächlich aus den Beneluxstaaten in die Schweiz eingeführt. 2008 mehrten sich die Meldungen und Warnhinweise bezüglich der Dosierung und der Inhaltsstoffe von Ecstasy-Pillen. Methamphetamin blieb in Form von Thaipillen und Shabu-Pulver weiterhin auf dem Schweizer Markt erhältlich. Erkenntnisse über eine Ausdehnung des Konsums liegen der Polizei nicht vor.

Es sind überwiegend junge Konsumenten, die mit synthetischen Drogen handeln. Eine strukturierte Täterschaft gibt es nicht. Der Handel erfolgt oft privat, was polizeiliche Interventionen erschwert.

Im Juli 2008 fand eine von fedpol (BKP) koordinierte, schweizweite Polizeioperation gegen mehrere Personen statt, die im Verdacht standen, die Chemikalie Gamma-Butyrolacton (GBL) als Betäubungsmittel eingeführt und damit gehandelt zu haben. Nach ersten Schätzungen wurde etwa eine Tonne GBL gehandelt, was über einer Million Einzeldosen entspricht. Zudem konnten bei mehreren Verdächtigen Einrichtungen festgestellt werden, die als Labors zur Umwandlung von GBL in das Betäubungsmittel Gamma-Hydroxy-Buttersäure (GHB) benutzt worden sein dürften.

Landesweite Polizeioperation im Zusammenhang mit GBL.

Auch nach der Polizeioperation stellten Polizei- und Zollbehörden Lieferungen von GBL in die Schweiz fest. Die bisherigen Ermittlungen deuten darauf hin, dass in der Schweiz seit Jahren ein schwunghafter Handel mit GBL zu Betäubungsmittelzwecken betrieben wird. Die Verdachtsmengen lassen darauf schliessen, dass die Verbreitung des Konsums von GHB und GBL in der Partyszene bislang unterschätzt wurde.

Cannabisprodukte

Nach wie vor wird in der Schweiz in grossem Stil Cannabis produziert; im Vergleich zu früheren

LSD-Portionen. Gesamthaft geben die sogenannten Blotter als Sujet die Entdeckung von LSD durch Dr. Albert Hofmann wieder. FOTO POLIZEI

Jahren verringerte sich die Produktion aber im Berichtsjahr. Tendenziell sind die Anlagen und Anbauflächen kleiner geworden. Viele Konsumenten bauen Hanf an und versorgen sich selbst. Die Nachfrage nach den Samen, Pflanzenmaterialien und Apparaturen wird von hochprofessionellen, international tätigen Anbietern gestillt.

Inländische Cannabisprodukte dominierten weiterhin den Markt; aufgrund der rückläufigen Inlandproduktion wird aber vermehrt Cannabis importiert. Insgesamt dominierten Schweizer den Handel mit Cannabis. Personen aus Westafrika, Südosteuropa, Jamaika und der Türkei betätigten sich aber ebenfalls schweizweit im Handel mit Cannabisprodukten. In der Westschweiz wird Haschisch häufig durch Personen aus Nordafrika vertrieben.

Inländische Cannabisprodukte dominierten weiterhin den Markt.

BEURTEILUNG

Drogenmarkt und Bedrohungslage stabil

Die organisierten Strukturen hinter dem Drogenhandel bleiben eine grosse Bedrohung. Sie generieren Gewalt und hohe Gewinne, destabilisieren und beeinflussen ganze Staaten und schädigen die Gesundheit vieler Menschen. Die Schweiz ist davon direkt und indirekt betroffen. Direkt, indem die beteiligten Personen die Profite in der Schweiz zur Ausweitung ihrer kriminellen Tätigkeiten nutzen, sei es im Drogenhandel oder in anderen Kriminalitätsbereichen. Indirekt, indem die Gewinne aus dem Drogenhandel in die Transit- und Produktionsstaaten zurückfliessen und dort Kriminalität und Konflikte finanzieren. Die hieraus resultierende Instabilität und Migration fällt auch auf die Schweiz zurück.

Organisierte Strukturen hinter dem Drogenhandel bleiben eine grosse Bedrohung.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Heroin

Für Heroinschmuggler ist die Schweiz ein Transitstaat am Rande der Balkanroute. Es ist im Zuge der Umsetzung des Schengener Abkommens möglich, dass kriminelle Organisationen vermehrt versuchen werden, die Route durch die Schweiz zu nutzen. Eine Veränderung der Nachfrage nach Heroin in Europa oder die Präsenz neuer Akteure könnte ebenfalls zur Umlagerung des Schmuggels führen.

Kokain

Kokain ist in Europa nicht knapp geworden, obwohl weltweit mehr Sicherstellungen gemeldet wurden. In der Schweiz bleibt Kokain erwartungsgemäss verfügbar, und die Preise bleiben tief.

Die Schweiz verfügt über gute internationale Verkehrsanbindungen, auch in die Produktions- respektive Transiträume Lateinamerika, Westafrika und Karibik. Die Schweiz verzeichnet selbst einen hohen Kokainkonsum und grenzt mit Italien, Frankreich und Deutschland an drei der grössten Konsummärkte Europas. Es besteht deshalb das Risiko, dass der Schmuggel von Kokain vermehrt durch die Schweiz erfolgen könnte.

Schmuggel von Kokain vermehrt durch die Schweiz?

Synthetische Drogen

Nach polizeilichen Erkenntnissen reagierten die Konsumenten von synthetischen Drogen flexibel auf das Angebot und wechseln auf andere Substanzen, wenn sich die Verfügbarkeit einer Substanz verringert. Der Mischkonsum mehrerer Betäubungsmittel sowie der Beikonsum von Medikamenten und experimentellen Chemikalien wird diese Szene weiterhin prägen. Von einer Ausweitung

Mischkonsum von Betäubungsmitteln sowie Beikonsum von Medikamenten und experimentellen Chemikalien.

der Angebotspalette oder neuen Erscheinungsformen ist auszugehen.

Cannabisprodukte

Im Gegensatz zur verbreiteten Auffassung zeigen sich im Cannabismarkt immer wieder Bezüge zu schweren Delikten. Zudem stellt die Polizei fest, dass die involvierten Personen oder Banden professionell vorgehen und international agieren. Die hohen Margen im Cannabishandel und der hohe Umsatz können Personen oder Gruppen mit hoher krimineller Energie in Zukunft verstärkt anziehen.

Hohe Margen und grosser Umsatz im Cannabishandel.

Umwandlung von GBL in GHB. In mehreren Kleinlaboratorien wurde GBL in GHB umgewandelt. Die Labore dienten auch anderen Zwecken, so etwa der Herstellung weiterer Chemikalien oder pyrotechnischer Gegenstände. FOTO POLIZEI

3.2.2 Menschenschmuggel

LAGE

Lukratives Geschäft

Die Schweiz ist für Menschenschmuggler weiterhin als Ziel- und als Transitland attraktiv. Das Ausmass des Menschenschmuggels kann jedoch nicht gesamthaft erfasst werden, da die Kantone bei der Datenerhebung, der Ermittlung und Strafverfolgung von Menschenschmuggel unterschiedliche Ansätze verfolgen. Gemäss offiziellen Erhebungen ist davon auszugehen, dass 40 bis 70 Prozent der in der Schweiz Asyl Suchenden auf ihrem Weg Dienste von Schleppern in Anspruch genommen haben, wobei den Schleppern von einigen Tausend bis zu 75'000 Schweizer Franken bezahlt wurden. Menschenschmuggel findet durch einen illegalen Grenzübertritt an weniger kontrollierten Grenzabschnitten oder noch häufiger auf üblichen Reisewegen mit Hilfe von verfälschten oder gefälschten Reisedokumenten statt. Der überwiegende Teil der Schleusungen stellt sich nach wie vor als einfache Familien- oder Cousinschlepperei dar.

Schweiz für Menschenschmuggler als Ziel- und Transitland attraktiv.

Erhöhter Migrationsdruck

Aufgrund des erhöhten Migrationsdrucks und der steigenden Anzahl Asylgesuche im Berichtsjahr verstärkten das Grenzwachtkorps (GWK) und das Bundesamt für Migration (BFM) ab September 2008 die Massnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration. Durch intensivierte Kontrollen im Strassen- und Bahnverkehr sowie an der grünen Grenze konnten in den Monaten September und Oktober 410 gefälschte Identitätsdokumente sichergestellt und 320 illegale Einreisen verhindert werden.

Intensivierte Kontrollen im Strassen- und Bahnverkehr und an der grünen Grenze.

Illegale Einreise per Flug oder Bahn

Im Berichtsjahr wurden vermehrt Versuche festgestellt, mit gefälschten E-Flugtickets illegal in die Schweiz einzureisen. Diese an sich aussichtslosen Versuche, die jeweils spätestens im Transitraum des Schweizer Flughafens endeten, wurden mehrheitlich von Migranten aus Afrika, aber auch aus China, unternommen. Wie im Vorjahr wurde am Flughafen Genf wiederholt die Einreise von jungen – oft minderjährigen – Nigerianerinnen beobachtet, die einen Asylantrag stellten, jedoch meist noch vor Erreichen der Asylunterkunft verschwanden. Die Frauen tauchten als Prostituierte verschiedentlich unter anderem Namen in anderen europäischen Ländern wieder auf.

Versuche enden spätestens im Flughafentransitraum.

Die illegale Einreise von Irakern hielt 2008 an, wovon das Tessin am stärksten betroffen war. Es wurden an der Südgrenze durch das GWK pro Monat etwa 20 bis 30 Iraker angehalten, die versuchten, ohne Papiere in die Schweiz einzureisen. Die meisten Aufgriffe erfolgten im Bahnverkehr. Die Schweiz ist kein primäres Ziel irakischer Asylsuchender, sondern vielfach Transitland, um andere Destinationen in Europa zu erreichen.

Chinesische Migration

Die chinesische Migration findet sehr diskret statt und ist für die Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar. Für Schleusungen werden vermehrt im Voraus gültige Papiere organisiert, damit ein legaler Grenzübertritt stattfinden kann. Durch falsche Angaben und Verwendung von falschen Papieren werden echte Dokumente und Visa erschlichen, zum Beispiel Aufenthaltsbewilligungen für Studenten oder Touristenvisa. Nach der Einreise wurde in mehreren Fällen festgestellt, dass chinesische Schüler, Studenten oder Touristen verschwanden. Dabei muss angenommen werden, dass sie sich weiterhin in der Schweiz oder in einem anderen europäischen Land illegal aufhalten. Chinesische Schlepperorganisationen haben im Vergleich zu denjenigen anderer Nationalitäten einen höheren Organisationsgrad; in Form von Netzwerken sind sie global organisiert. Sie sind zudem stark abgeschottet und nutzen intensiv legale Geschäftsstrukturen. Illegale chinesische Migration ist immer unmittelbar mit den bereits bestehenden Exilgemeinden verbunden, denn diese bieten die Infrastruktur für illegale Einwanderung wie beispielsweise die Möglichkeit zur Schwarzarbeit. Die Diasporagemeinde in der Schweiz bietet hier einen schwächeren Anknüpfungspunkt als diejenigen in anderen europäischen Ländern.

Diasporagemeinde in der Schweiz schwacher Anknüpfungspunkt für Migration.

BEURTEILUNG

Neue Instrumente

Der Migrationsdruck aus verschiedenen Erdteilen wird nicht nachlassen. Es bestehen nun aber neue Instrumente, um gegen Menschenschmuggel vorzugehen. Das am 1. Januar 2007 in Kraft getretene Ausländergesetz (AuG) bietet den Behörden eine neue und griffigere Handhabe zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung und des illegalen Aufenthalts. Des Weiteren stellt das Schengen-Informationssystem (SIS), das am 14. August 2008 in der Schweiz in Betrieb genommen wurde, ein effizientes Instrument zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung dar. Das SIS ist eine europaweite elektronische Fahndungsdatenbank für Personen und Objekte. In diesem System ist verzeichnet, wer in einem der 25 Schengen-Staaten gesucht wird oder mit einem Einreiseverbot belegt ist. Im Bereich Menschenschmuggel und Menschenhandel konnten bereits erste Erfolge dank dieses Fahndungsmittels verzeichnet werden.

Ausländergesetz und Schengen-Informationssystem.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Migrationsdruck

Der globale Migrationsdruck bleibt bestehen; er ist durch legale Migration nicht zu entlasten, weshalb Profitmöglichkeiten für Menschenschmuggler bestehen bleiben. Die Bilder von Schiffsschleusungen über das Mittelmeer oder die Kanaren sind in der Medienberichterstattung allgegenwärtig. Die Anzahl Asylsuchender in der Schweiz ist im Berichtsjahr gestiegen. Nebst den Hauptherkunftsländern wie Eritrea, Somalia oder Irak – wo die innenpolitischen Verhältnisse zu einem starken Abwanderungsdruck geführt haben – sind auch Serbien und Kosovo zu nennen. Gründe für die Migration sind die Hoffnung auf eine verbesserte Lebenssituation und eine Arbeits- respektive Verdienstmöglichkeit sowie die Bindung an bereits in die Schweiz emigrierte Familienangehörige. Dadurch kann eine Infrastruktur genützt werden, welche die Unterbringung, Verpflegung sowie die Zuführung zum Schwarzarbeitsmarkt ermöglicht beziehungsweise erleichtert. Das dabei erwirtschaftete Kapital wird zu einem Grossteil für den Lebensunterhalt der Familie in das Herkunftsland transferiert. Italien, Deutschland und Frankreich sind nebst der Schweiz weitere wichtige Zielländer der Schleppertätigkeit.

Globaler Migrationsdruck durch legale Migration nicht zu entlasten.

3.2.3 Menschenhandel

LAGE

Sexuelle Ausbeutung

Die Schweiz ist auch weiterhin als Ziel- und Transitland von Menschenhandel betroffen. Konsolidierte Zahlen über die Opfer von Menschenhandel für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Aufgrund der Erfahrung der Vorjahre ist davon auszugehen, dass hauptsächlich Frauen aus Osteuropa, aber auch aus Lateinamerika, der Karibik, Asien und Afrika gehandelt und sexuell ausgebeutet wurden. Die Gewaltbereitschaft nahm im Milieu generell zu. Der Verdacht auf Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung führte zum Beispiel im Berichtsjahr in Zürich zu mehreren Festnahmen.

Opfer aus Osteuropa, Lateinamerika, der Karibik, Asien und Afrika.

Formen der Ausbeutung von Kindern

Im Berichtsjahr wurden in der ganzen Schweiz, insbesondere aber in den Grenzkantonen, mehrfach minderjährige Roma aufgegriffen, die zur Begehung von Kleindiebstählen oder Bettelei in die Schweiz eingereist waren. Es handelt sich dabei um ein auch in den Nachbarländern bekanntes Phänomen, bei dem die eingeschränkte Strafmündigkeit von Kindern gezielt ausgenutzt wird. Vordergründig tritt Kleinkriminalität in Erscheinung, es ist aber davon auszugehen, dass die verlangte Tätigkeit über längere Zeit unter Zwang und gegen den Willen der Opfer ausgeübt wird. Damit liegt eine nach neuem Artikel 182 StGB strafbare Ausbeutung der Arbeitskraft vor.

Vordergründig tritt Kleinkriminalität in Erscheinung.

BEURTEILUNG

Legalisierter Aufenthalt

Das wachsende Angebot im Rotlichtmilieu führt zu einem harten Wettbewerb und zu Preisverfall. Die Öffnung der Schweizer Grenzen hatte zwar den positiven Effekt, dass Prostituierte aus den osteuropäischen EU-Ländern nicht mehr dem Druck des illegalen Aufenthalts ausgesetzt sind – dies bedeutet aber nicht, dass diese Frauen nicht Opfer von Menschenhandel werden können. Vor allem Frauen aus einfachen Verhältnissen und armen, ländlichen Regionen sind vielfach auf einen Vermittler oder eine Vermittlerin angewiesen und sind damit der Ausbeutungsgefahr ausgesetzt.

Ausbeutungsgefahr bleibt bestehen.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Bleibendes Problem

Es ist nicht damit zu rechnen, dass Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung auf kurze Frist abnehmen wird. Weiterhin werden die Ermittlungsarbeiten gegen Menschenhandel aufwendig und der Nachweis der Ausbeutung schwierig zu erbringen sein.

3.2.4 Geldwäscherei

LAGE

Statistik der Geldwäschereiurteile

Die Statistik der 2003 bis 2007 ergangenen Geldwäschereiurteile zeigt, dass Urteile wegen qualifizierter Geldwäscherei eher selten blieben. Im Vergleich zu früher konnte ein beträchtlicher Rückgang von Betäubungsmittelhandel als Vortat zur einfachen Geldwäscherei festgestellt werden. Dagegen nahmen Betrug, Veruntreuung und Diebstahl als Vortaten zu. Während der Anteil der wegen Geldwäscherei verurteilten Personen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien und aus Albanien in der Berichtsperiode relativ stark zurückging, nahm der Anteil der verurteilten Westafrikaner zu.

Betäubungsmittelhandel als Vortat zur einfachen Geldwäscherei.

Die Vorgehensweisen der Täter waren vielfältig; die Täter versuchten jedoch häufiger, Geld krimineller Herkunft ohne weitere Zwischenphasen wie etwa Bargeldtransport oder das Verstecken von Bargeld in den regulären Schweizer Finanzkreislauf einzuschleusen. Der Umfang der involvierten Vermögenswerte blieb stabil.

Die Tatsache, dass eine grosse Anzahl Verfahren mit niedrigen Vermögenswerten die Bilanz der Geldwäschereiverfahren in der Schweiz beherrscht und so die durchschnittlich involvierten Vermögenswerte senkt, darf nicht als Zeichen für eine geringe Anzahl von Fällen im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität gesehen werden. Das Waschen von grossen Beträgen in vielen kleinen Tranchen ist eine bekannte Strategie der organisierten Kriminalität, um ihre Transaktionen unauffällig zu halten.

BEURTEILUNG

Prävention und Gewinnabschöpfung

Der Versuch, organisierte Kriminalität an verdächtigen Finanztransaktionen zu erkennen, hat sich in der Praxis nur selten als erfolgreich erwiesen. In einem Grossteil der Verfahren wird Geldwäscherei als Zusatzdelikt verfolgt, das überdies auf das Strafmass nur marginalen Einfluss hat. Das Schweizer Geldwäschereidispositiv erfüllt jedoch seinen präventiven Zweck.

Geldwäscherei als Zusatzdelikt verfolgt.

Eine konsequente Gewinnabschöpfung ist oft erfolgversprechender als der Versuch, über Finanzermittlungen kriminelle Organisationen aufgrund ihrer Geldwäschereiaktivitäten aufzuspüren. Die Gewinnabschöpfung geht von einem erwiesenen Tatbestand aus und besteht darin, die aus Delikten herrührenden Vermögenswerte und deren Derivate aufzuspüren, zu beschlagnahmen und einzuziehen. Die Gewinnabschöpfung vermag im Rahmen der Strafverfolgung general- und spezialpräventive Wirkung zu erzielen.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Komplexitätssteigerung

Neue Technologien, besonders das sich stetig weiterentwickelnde Internet, begünstigen Geldwäscherei und Finanzbetrügereien. Die Globalisierung und die zunehmende Komplexität der internationalen Finanzmärkte führen zu vielschichtigen illegalen Geldtransfers und dazu, dass sich auch unter den Kriminellen Spezialisten aus mehreren Disziplinen arbeitsteilig nur mit dem Transfer und Waschen inkriminierter Gelder beschäftigen. Dabei handelt es sich immer seltener um den in eine Hierarchie eingebundenen Buchhalter einer kriminellen Organisation, vielmehr werden aussenstehende, unabhängige Wirtschafts- und Bankexperten sowie Juristen angeworben und mit Anteilen der gewaschenen Gelder entlohnt. Es ist wahrscheinlich, dass sich diese Entwicklung weiter verstärken wird.

Neue Technologien begünstigen Geldwäscherei.

3.2.5 Korruption

LAGE

«Öl für Lebensmittel»

Die Bundesanwaltschaft konnte bis Ende Berichtsjahr 32 der 36 Verfahren im Fall des UNO-Programms «Öl für Lebensmittel» abschliessen. In Zusammenarbeit mit den Kantonen wurden insgesamt knapp 18 Millionen Schweizer Franken eingezogen. Die Schweiz gehört damit zu den ersten Ländern, die in diesem Zusammenhang Verurteilungen und die Einziehung von Geldern erreicht hat. Die Urteile ergingen in fast allen Fällen wegen Verstössen gegen das Embargogesetz; zu Verurteilungen wegen Korruption kam es bis Ende Berichtsjahr unter anderem wegen mangelnden Informationen aus Rechtshilfeersuchen nicht.

Urteile hauptsächlich wegen Verstoss gegen das Embargogesetz.

Suva

Anfang 2008 verurteilte das Bundesstrafgericht den früheren Leiter des Bereichs Immobilien der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (Suva) unter anderem wegen passiver Bestechung zu dreieinhalb Jahren Gefängnis. Er hatte Liegenschaften der Suva zu Tiefstpreisen an einen Immobilienhändler respektive an dessen Firma verkauft, an der er selbst beteiligt war, und dafür Bestechungsgelder in der Höhe von fast zwei Millionen Franken erhalten. Mit dem Argument, er sei nicht Schweizer Amtsträger, hatte der Angeklagte auf Freispruch plädiert. Das Gericht befand jedoch, dass die Suva mit ihrem Teilmonopol eine gesetzliche Aufgabe erfülle und daher als öffentliche Anstalt anzusehen sei. Der Immobilienhändler wurde lediglich wegen Anstiftung zur ungetreuen Geschäftsbesorgung verurteilt; vom Vorwurf der aktiven Bestechung wurde er freigesprochen, weil er nicht habe annehmen müssen, dass sein Geschäftspartner ein Schweizer Amtsträger sei.

Verurteilung wegen passiver Bestechung.

BEURTEILUNG

Problem Privatbestechung

Die Privatbestechung, im Gegensatz zur Bestechung eines in- oder ausländischen Amtsträgers, ist in der Schweiz ein Antragsdelikt. Die Groupe des Etats contre la Corruption (Greco) bemängelte im Berichtsjahr, dass besondere Ermittlungstechniken wie Telefonüberwachung oder verdeckte Ermittlungen in Fällen von Privatbestechung in der Schweiz nicht zugelassen sind. Zudem kritisierte die Greco, dass Privatkorruption keine Vortat zur Geldwäscherei darstellt.

Besondere Ermittlungstechniken nicht anwendbar.

Die Greco vereinigt als Kommission des Europarates die 43 Mitgliedstaaten der Strafrechtskonvention des Europarates gegen die Korruption. Das Gremium überprüft in Form von Länderprüfungen die Implementation des Übereinkommens und formuliert falls notwendig Empfehlungen. Neben einigen Kritikpunkten attestierte die Greco der Schweiz anlässlich der Länderprüfung 2008 bedeutende Anstrengungen zur Bekämpfung der Korruption. Sie hob besonders das Einziehungssystem und die strafrechtliche Unternehmenshaftung hervor.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Dritter Evaluationszyklus

Die nächste Länderprüfung der Schweiz, der sogenannte Dritte Evaluationszyklus, wird in einigen Jahren stattfinden. Ihre Gegenstände werden die Strafbestimmungen gegen die Korruption sowie die Finanzierung von politischen Parteien und Wahlkampagnen sein. Berichte anderer Mitgliedsländer, die den Dritten Evaluationszyklus bereits durchlaufen haben, zeigen, dass die Standards hoch sind. Notwendig sind deshalb weitere Anstrengungen auf kantonaler und nationaler Ebene. ■

Hohe Standards.

4. Politisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus

4.1	Rechtsextremismus	40
4.2	Linksextremismus	43
4.3	Südosteuropäische Gruppen	46
4.4	Kurdische und türkische Gruppen	48
4.5	Tamilischer Gewaltextremismus	50
4.6	Terrorismus- und Extremismusfinanzierung	52

4.1 Rechtsextremismus

LAGE

Zahl der Ereignisse

Die Anzahl rechtsextrem motivierter Ereignisse nahm im Berichtsjahr im Vergleich zum Jahr 2007 von 109 auf 76 ab. Dies entspricht einem Rückgang um rund 30 Prozent. Konzerte rechtsextremer Bands waren hingegen häufiger; 2007 waren es zehn, im Berichtsjahr 15. Die Hauptursache des gesamthaften Rückgangs liegt im Bereich der gewalttätigen Ereignisse: Während in den letzten fünf Jahren deren Anzahl jeweils zwischen 50 und 64 pro Jahr lag, wurden im Berichtsjahr nur deren 24 gezählt. Diese Abnahme dürfte unter anderem auf die konsequente Prävention und Repression zurückzuführen sein. Das Gewaltpotenzial der rechtsextremen Szene bleibt hingegen bestehen.

Wichtige Vorfälle 2008

- Am 15. März besuchten gegen 20 Personen eine Schaukäserei im Kanton Appenzell Ausserrhoden. Kurz darauf wurde im Internet auf einer rechtsextremen Homepage ein Foto veröffentlicht, das elf der Besucher mit zum deutschen Gruss erhobener Hand zeigt. Die Kantonspolizei prüft, ob eine Verletzung der Rassendiskriminierungsstrafnorm vorliegt.
- Ebenfalls am 15. März fand in Wimmis ein Skinheadkonzert mit 200 Besuchern statt. Es traten vier Bands, teilweise aus dem Ausland, auf. Im Saal wurde rechtsextremes Material verkauft.
- Am 23. März verübten im aargauischen Stein Personen mit einem selbst hergestellten Molotow-Cocktail einen Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft. Fünf Täter konnten ermittelt werden, zwei davon sind der rechtsextremen Szene zuzurechnen. Die Täter waren stark alkoholisiert und handelten vermutlich aus rassistischen Gründen.

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft.

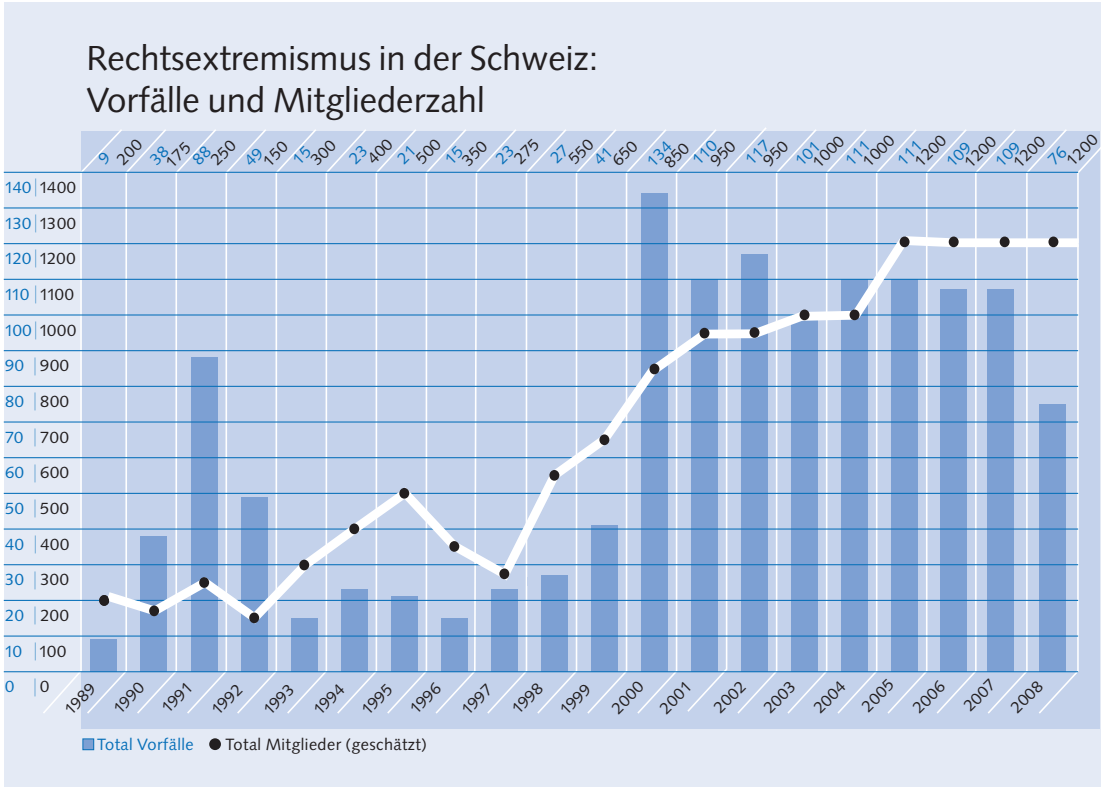
- Am 1. Mai nahmen in Freiburg rund 60 Mitglieder der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) an einem kurzfristig unter Auflagen bewilligten Marsch zum 1. Mai teil. Eine Konfrontation mit Teilnehmenden einer anderen 1.-Mai-Veranstaltung konnte verhindert werden.
- Am 24. Mai versammelten sich rund 20 Personen aus dem Umfeld von B&H Schweiz auf einer Waldlichtung im Kanton Schwyz. Dort hielten sie ein Kampftraining ab. Die Personen wurden kontrolliert.
- Am 26. Juli wollten Polizeibeamte in eine Auseinandersetzung zwischen Rechtsextremen und Passanten eingreifen. Ein Rechtsextremer hatte Passanten rassistisch beschimpft. Beim anschliessenden Angriff der Rechtsextremen auf die Polizeipatrouille wurden vier Polizisten verletzt.
- Die diesjährigen Feierlichkeiten am 1. August verliefen dank der umfangreichen präventiven Sicherheitsmassnahmen von Behörden und privaten Veranstaltern ruhig. Eine Teilnahme von Rechtsextremen an der offiziellen Feier auf der Rütliwiese konnte verhindert werden, anders als in den Vorjahren gab es keine Gegenveranstaltungen linksextremer Kreise. Wie üblich organisierten Rechtsextreme an den dem Nationalfeiertag folgenden Tagen Veranstaltungen; am 3. August holten auf Aufruf der PNOS etwa 300 Sympathisanten die Feier auf dem Rütli nach.

Feierlichkeiten am 1. August verliefen ruhig.

- In der Nacht auf den 21. September wurden bei einer Massenschlägerei zwischen Rechtsextremen und Ausländern im Fürstentum Liechtenstein ein Polizist schwer und sechs weitere Personen leicht verletzt. An der Konfrontation in Mauren waren auch zehn Rechtsextreme aus der Schweiz beteiligt, die organisiert in einem gemieteten Kleinbus angereist waren. Sie gehören dem Umfeld der rechtsextremen Skinheadband Amok an. Gegen zwei Schweizer erstattete die Polizei Strafanzeige; diese wurden zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Verfahren waren bei Redaktionsschluss noch hängig.

Massenschlägerei im Fürstentum Liechtenstein.

- Am 27. September überfielen zwei Rechtsextreme Bewohner einer linksalternativen Wohngemeinschaft in Emmenbrücke. Sie setzten dabei unter anderem Tränengas ein.



Vorfälle und Mitgliederzahl. Fedpol gemeldete rechtsextremistische Vorfälle (ohne Schmierereien aus den vergangenen zwanzig Jahren.

GRAFIK DAP

Gruppen

Die PNOS blieb in der Schweiz die politisch aktivste rechtsextreme Organisation. Die Schweizerischen Hammerskins (SHS) und B&H fungieren als Dachorganisationen zweier konkurrierender Richtungen in der rechtsextremen Szene. Dabei agierten vor allem Mitglieder von B&H oft gewalttätig und gerieten mit dem Gesetz in Konflikt. Den beiden Richtungen in der Szene sind etwa 30 verschiedene Gruppen mit einem bis mehreren Dutzend Mitgliedern zuzuordnen.

PNOS, SHS und B&H.

PNOS

Die PNOS hat ihre Wurzeln im gewalttätigen Extremismus; etliche Mitglieder blieben auch im Berichtsjahr aktive Skinheads. Skinheads geraten immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt, vorwiegend wegen Verstössen gegen die Rassendiskriminierungsstrafnorm, aber auch wegen Körperverletzung.

Wurzeln im gewalttätigen Extremismus.

Aufgrund stetig negativer Schlagzeilen in den Medien war es gegen Ende 2007 zu personellen Änderungen an der Spitze der PNOS gekommen; eine Sektion wurde geschlossen, andere zu eröffnen war dagegen geplant. Im Februar 2008 erfolgte die Gründung einer Sektion im Emmental.

Neugründung der Gruppe National Socialiste Suisse

Im Herbst 2007 wurde in der Westschweiz die neue Gruppierung National Socialiste Suisse (NSS) gegründet, die in Genf und Umgebung aktiv ist. Die Gruppe besteht aus etwa 20 Mitgliedern. In Planung sind Sektionen im Kanton Waadt und in der deutschsprachigen Schweiz. Die NSS hat bis heute mindestens zwei Broschüren mit rechtsextremem Inhalt produziert. Die Gruppe versucht, teilweise auch über Internet, ihre rechtsextremen, rassistischen und fremdenfeindlichen Ansichten an möglichst viele Gleichgesinnte weiterzugeben und neue

Rechtsextreme, rassistische und fremdenfeindliche Ansichten.

Sympathisanten zu gewinnen. Die Homepage wird im Rahmen eines Strafverfahrens überprüft.

Musik-Subkultur

Der gewalttätige Angriff Linksextremer auf eine Musikbar in Freiburg am 11. Oktober 2008 zeigt die zunehmenden Schwierigkeiten – auch innerhalb der rechts- und linksextremen Szenen selbst – den Zusammenhang zwischen verschiedenen Musikstilen und Ideologien zu erkennen. Zur Tat bekannte sich im Internet eine sogenannte «Antifaschistische Aktion, Kommando nazifreie Subkultur». Der Vorwurf lautete, dass nicht nur die Dark-Wave-, sondern auch andere Musikszenen von «neokonservativen und neofaschistischen Bands» durchdrungen seien. Nach Meinung der Verfasser des Bekennerschreibens versuchten Rechtsextreme so, «sich linke und andere Symbolik und Rhetorik anzueignen». Innerhalb der Gothic-Szene, die sich keltischer und germanischer Symbole bedient und diese ähnlich wie der Nationalsozialismus neuheidnisch verbrämt, wird selbst heftig über die Ideologisierung der eigenen Subkultur gestritten.

Gewalttätiger Angriff Linksextremer auf Musikbar in Freiburg.

Uefa Euro 2008

Vor und während der Uefa Euro 2008 wurden in der Schweiz Einreiseverbote gegen gewalttätige mutmassliche Rechtsextreme, die teilweise auch der Hooliganszene zuzuordnen waren, erlassen. Im Vorfeld der Veranstaltung wurde die rechtsextreme Szene intensiver beobachtet. Es konnte dabei nicht festgestellt werden, dass organisierte Störaktionen während der Fussballeuropameisterschaft geplant wurden. Die insgesamt wenigen Ordnungsverstösse während der Uefa Euro 2008 hatten denn auch keinen erkennbaren Bezug zur rechtsextremen Szene.

Ordnungsverstösse ohne erkennbaren Bezug zur rechtsextremen Szene.

Rechtsextremismus in Europa

Europäische Entwicklungen und Trends sind seit Längerem auch für die Schweiz feststellbar. Nirgendwo in Europa ist eine Entwicklung zu rechtsextrem motiviertem Terrorismus festzustellen, hingegen ist eine intensivere internationale Kooperation unter Rechtsextremen zu beobachten. Der Austausch findet vorwiegend auf persönlicher Ebene statt. Das Internet ist inzwischen das hauptsächliche Medium zur Verbreitung rechtsextremer Propaganda.

Keine Entwicklung zu rechtsextrem motiviertem Terrorismus in Europa festzustellen.

Feststellbar ist in einigen Ländern ein steigendes Engagement von Frauen in der rechtsextremen Szene. In verschiedenen Ländern versuchen Rechtsextreme, gewaltlos und legal, etwa mittels politischer Aktivitäten, ihre Ziele zu erreichen. Trotzdem bleibt rechtsextrem motivierte Gewalt bestehen und wird unter anderem an den teilweise eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremen und an den zunehmenden Aggressionen Rechtsextremer gegenüber der Polizei und anderen Behörden sichtbar.

Steigendes Engagement von Frauen.

Alle betroffenen europäischen Länder messen der Musik als Propaganda- und Rekrutierungsmittel sowie der Verbreitung rechtsextremer und rassistischer Ideologien über neue Medien grosse Bedeutung zu.

BEURTEILUNG

Selbstbewusster Auftritt

Tendenziell hat sich die rechtsextreme Szene in den letzten Jahren wenig verändert. Rechtsextreme treten heute aber selbstbewusster auf, scheuen die Öffentlichkeit weniger als früher und versuchen, sich teilweise in der Parteipolitik zu etablieren. Sie stehen zunehmend auch öffentlich zu ihren Überzeugungen, ersuchen die Behörden um Demonstrationsbewilligungen und pochen auf Grundrechte.

Rechtsextreme treten selbstbewusster auf.

Das politische Engagement beschränkte sich nicht auf die Ausländerthematik. Weitere Themen waren Kindsmissbrauch, die Globalisierung oder der 1. Mai als Kampftag der Arbeiterbewegung. Gewalt ging vermehrt von einer jungen Skinheadszene aus, insbesondere aus dem Umfeld von B&H. Mit dem Vertrieb rechtsextremen Materials und mit Konzertveranstaltungen wurden auch kommerzielle Interessen verfolgt. Veröffentlichungen verstiessen wiederholt gegen die Ras-

Verstösse gegen die Rassendiskriminierungsstrafnorm.

sendiskriminierungsstrafnorm. Die Planung von Aktivitäten verlief häufiger konspirativ, während sich die Szene bei öffentlichen Auftritten selbstbewusster gebärdete und sich gegen die Sicherheitskräfte aggressiver verhielt.

Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremen

Die Auseinandersetzungen zwischen dem rechts- und linksextremen Lager hielten an. Dabei ist eine Zunahme der Aggressivität von linksextremer Seite festzustellen. Am traditionell wichtigen Tag der linksextremen Szene, dem Tag der Arbeit, versammelten sich auch Rechtsextreme und feierten den Anlass.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Beutungszuwachs des Internets

Der leichte Zugang zu rechtextremer Musik via Internet wird dafür sorgen, dass auch kleine Gruppen mit ihrer rechtsextremen Ideologie eine grosse Verbreitung finden. Das Medium Internet entspricht dem Bedürfnis der rechtsextremen Szene nach Anonymität und Konspiration und wird wahrscheinlich weiter an Bedeutung gewinnen.

Anonymität und Konspiration im Internet.

Die Gewalt in der Szene, insbesondere gegenüber Exponenten aus anderen ideologischen Lagern und gegenüber Ausländern, wird wahrscheinlich anhalten.

Rechtsextreme werden wahrscheinlich ihr politisches Engagement fortsetzen und versuchen, ihren politischen Einfluss zu verstärken.

4.2 Linksextremismus

LAGE

Zahl der Ereignisse

Die Zahl der linksextrem motivierten Vorfälle sank von 221 im Jahr 2007 um gut drei Prozent auf 214 im Berichtsjahr und blieb damit auf hohem Niveau. Mit Gewalt gegen Sachen oder Personen waren im Berichtsjahr rund 51 Prozent aller Vorfälle verbunden; 2007 waren es noch 57 Prozent gewesen. Der Rückgang dürfte nicht zuletzt auf die starke Präsenz von Sicherheitskräften im Rahmen der Uefa Euro 2008 zurückzuführen sein.

Wichtige Vorfälle 2008

- Anlässlich der unbewilligten sogenannt nationalen Anti-WEF-Demonstration wurden am 19. Januar in Bern 242 Personen vorübergehend festgenommen. Weitere unbewilligte Demonstrationen gegen das WEF waren in Zürich und Basel zu verzeichnen.
- In der Nacht auf den 29. Februar verübten Linksextreme am Wohnsitz des Vorstehers der Direktion der Justiz und des Inneren des Kantons Zürich einen Brandanschlag gegen dessen Personenwagen. Als Motiv wurde der Hungerstreik eines wegen Mordes verurteilten Linksextremen genannt; der Sachschaden an Auto, Hausfassade und Garage belief sich auf 100'000 Schweizer Franken.

Brandanschlag am Wohnsitz eines Zürcher Regierungsrats.

- Bei einer Brandstiftung in einem Zürcher Karosseriebetrieb brannten am 12. März zwei Fahrzeuge der Kantons- und eines der Stadtpolizei ab. Der Sachschaden betrug mehrere Hunderttausend Schweizer Franken.
- Nach dem offiziellen Umzug zum 1. Mai kam es in Zürich zu schweren Ausschreitungen und Angriffen auf die Polizei, die in der Folge 301 Personen festnahm. Zwölf Personen wurden verletzt, zwei von ihnen schwer, als ein Autofahrer in die Menschenmenge fuhr. Zu schweren Ausschreitungen kam es gleichentags auch in

Schwere Ausschreitungen am 1. Mai in Zürich und Lausanne.

Brandanschlag gegen Luxusautos. Der WEF-bezogene Anschlag vom 24. Januar 2008 verursachte einen Sachschaden von 400'000 Schweizer Franken. FOTO POLIZEI

Lausanne, wo 30 Personen festgenommen wurden.

- In der Nacht vom 1. auf den 2. Mai steckten Linksextreme in Zürich ein Motorrad und fünf Autos in Brand, was einen Sachschaden von 100'000 Schweizer Franken verursachte.
- Am 3., 4. und 7. Mai wurden drei Stadtzürcher Polizeiposten Ziele von Farbanschlägen.
- In Zürich entstand am 26. September durch einen Brandanschlag auf vier Personenwagen ein Schaden von rund 150'000 Schweizer Franken; die Aktion richtete sich gegen die Atomenergiepolitik eines Energieversorgers.
- Am 11. Oktober drangen rund dreissig Personen aus der Deutschschweizer Antifa-Szene in eine Freiburger Bar ein, in der ein Konzert einer Gruppe aus der Gothic-Szene geplant war. Im Verlaufe der gut organisierten Aktion wurden das gesamte Mobiliar und die bereitstehenden Musikinstrumente zerstört, und ein Beamter der anrückenden Polizei wurde leicht verletzt. Bereits 2006 war es in der Berner Reitschule zu Angriffen auf Personen aus der Gothic-Szene gekommen, die Antifa-Aktivisten tendenziell dem Rechtsextremismus zuordnen.
- Am 14. und 16. November wurden in Zürich je zwei Fahrzeuge in Brand gesetzt. In der Nähe zum ersten Tatort vorgefundene Sprayereien liessen auf eine Solidaritätsaktion zugunsten der am 11. November in Frankreich wegen mutmasslicher Sabotageakte auf das Eisenbahnnetz festgenommenen Personen schliessen. Eine entsprechende Bekennung war auch auf einer Webseite von Linksextremen in der Schweiz zu finden.

Gewalttätiger Angriff Linksextremer in Freiburg.

Zwei störungsfreie Grossanlässe

Im Berichtsjahr konnte das vom 23. bis 27. Januar dauernde WEF in Davos wie in den Vorjahren ohne nennenswerte Störungen abgehalten werden. Die Zahl unbewilligter Kundgebungen blieb auf dem Niveau des Vorjahres. Dennoch kam es wie üblich vor, während und nach dem Anlass zu verschiedenen Anschlägen, die das gleichbleibende Gewaltpotenzial der Szene veranschaulichten. So entstanden durch verschiedene Anschläge Schäden von insgesamt mehreren Hunderttausend Franken.

Zahl unbewilligter Kundgebungen zum WEF auf Vorjahresniveau.

Auffallend ruhig verlief auch die Uefa Euro 2008. Nebst verschiedenen Plakataktionen, die sich gegen den Anlass richteten und insbesondere auch das Sicherheitsaufgebot und die begleitenden Sicherheitsmassnahmen kritisierten, waren während der Spiele selbst nur wenige Anschläge mit Bezug zum Linksextremismus zu verzeichnen. Am 31. Mai wurde mit einem Feuerwerkskörper gegen das Gebäude der Kantonspolizei Solothurn ein Anschlag verübt, der dem Sicherheitskoordinator der Uefa Euro 2008 galt. Am 25. Juni wurde in Zürich eine Aktion gegen ein Geschäftslokal eines Hauptsponsors durchgeführt.

Nur wenige Anschläge mit Bezug zur Uefa Euro 2008.

Gewalt in Zürich und Lausanne

Zürich war auch 2008 das wichtigste Zentrum linksextrem motivierter Vorfälle. Es waren vermehrt Angriffe auf Polizeiposten zu verzeichnen. Ausserdem kam es im Grossraum Zürich zu einer Häufung von Farb- und Brandanschlägen, die sich gegen Politiker richteten, die ein repressiveres Vorgehen gegen jugendliche Straftäter und Chaoten befürworten. Aber auch der 1. Mai war einmal mehr von schweren Ausschreitungen begleitet. Krawalle waren auch in Lausanne zu verzeichnen, wo sich seit 2007 eine gewalttätige autonome Szene herausbildet, wie man sie zuvor in der Romandie nur in Genf kannte.

Ausbildung einer gewalttätigen autonomen Szene in Lausanne.

Internationale Vernetzung

Eine besondere Bedeutung hat Zürich als Zentrale des RAS, der mutmasslich nicht nur für diverse Anschläge verantwortlich ist, sondern auch immer wieder Aktionen zugunsten inhaftierter Linksextremer organisiert. Im Vordergrund standen dabei 2008 besonders Mitglieder der italienischen Roten Brigaden, die seit dem Sommer in Mailand vor Gericht standen, sowie der Aktivisten der deutschen militanten gruppe (mg), die sich in Berlin für zahlreiche Anschläge zu verantworten haben.

Besondere Bedeutung des RAS in der SRI.

Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang eine Polizeiaktion gegen Linksextreme in Belgien, die das dortige Zentralsekretariat der SRI erheblich schwächte. Bei der SRI handelt es sich um eine europaweit agierende marxistisch-leninistische Vernetzungs-, Kommunikations- und Aktionsplattform, die Verbindungen zur linken Terrorszene pflegt. Der Schlag führte dazu, dass das zweite Zentralsekretariat, das in Zürich durch die dortige Sektion des RAS, den RAZ, betrieben wird, umso mehr an Gewicht gewann. Der RAZ als treibende Organisation in der SRI gewann dadurch noch zusätzlich an Einfluss auf den Linksextremismus in Europa.

SRI als europaweit agierende Plattform.

Strafverfahren gegen Exponenten

Am 1. Juli 2008 entschied das Bundesstrafgericht in Bellinzona auf Antrag der Bundesanwaltschaft, dass Papiere und Datenträger von führenden linksextremen Exponenten entsiegelt werden dürfen. Das Material war am 6. Mai 2008 sichergestellt worden. Das Verfahren richtet sich primär gegen Exponenten, die der Beteiligung an zahlreichen Anschlägen in den vergangenen zehn Jahren verdächtigt werden, und in einem Fall gegen eine Person, die als klare Befürworterin des «bewaffneten Kampfes» gegen das rechtsstaatlich-demokratische System gilt. Gestützt wird der Verdacht durch DNA-Spuren, den vorgefundenen Ausdruck eines Bekennerschreibens und sichergestelltes pyrotechnisches Material.

«Bewaffneter Kampf» gegen das rechtsstaatlich-demokratische System.

Tag der Arbeit in Lausanne. In der Folge kam es zu schweren Ausschreitungen; 30 Personen wurden festgenommen. FOTO POLIZEI

Breites Themenspektrum

Obwohl den Solidaritätsaktionen zugunsten inhaftierter Linksextremer insbesondere im Rahmen der Aktivitäten der SRI ein besonderer Stellenwert zukommt, wird von der linksextremen Szene unverändert auch ein breites Spektrum anderer Fragen thematisiert.

Dazu gehört nach wie vor der Kampf gegen den Faschismus (Antifa), der 2008 ebenfalls eine dominierende Stellung einnahm. Nebst gewalttätigen Aktionen wie dem gut organisierten Überfall auf eine vermeintlich von Rechtsextremen besuchte Bar in Freiburg spielen dabei die modernen Mittel der Technik eine immer wichtigere Rolle. So wurden 241 als Rechtsextreme vermutete Besucher der alljährlichen Gedenkfeier der Schlacht von Sempach fotografiert und die Bilder ins Internet gestellt. Wachsende Bedeutung kommt dem Hacking von rechten Internetseiten und -foren zu.

Kampf gegen den Faschismus.

Die Szene versteht es zudem, auch spontan Themen aufzugreifen und für sich zu nutzen. So dienten ihr etwa die im Dezember in Griechenland nach dem gewaltsamen Tod eines Jugendlichen ausgebrochenen und sich über Wochen hinziehenden Unruhen dazu, auch in der Schweiz Anschläge und unbewilligte Kundgebungen durchzuführen.

Szene greift spontan Themen auf.

Mobilisierung gegen Atomenergie und Finanzsystem

Andere Themen, die während des Berichtsjahres an Gewicht gewannen, sind die Atomenergie und die Finanzkrise, die beide ein hohes Rekrutierungs- und Mobilisierungspotenzial versprechen. Offensichtlich ist die Szene wie vor zehn Jahren im Fall der Globalisierungskritik darum bemüht, das Thema Atomenergie zu instrumentalisieren. Dasselbe gilt für die Finanzkrise, die bei etlichen Exponenten des Linksextremismus die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Kapitalismus nährt. Im Berichtsjahr beschränkten sich ihre Aktivitäten allerdings auf einige wenige Aktionen, die sich besonders gegen Schweizer Banken und Interessen der Atomwirtschaft richteten.

Hohes Rekrutierungs- und Mobilisierungspotenzial.

BEURTEILUNG

Unverändertes Gewaltpotenzial

Das Berichtsjahr nahm insofern eine Sonderstellung ein, als wegen der Uefa Euro 2008 über längere Zeit hinweg ein besonders grosses Sicherheitsdispositiv bestand. Diese als «Repression» gedeuteten Massnahmen wirkten auf die linksextreme Szene abschreckend. Im Falle des WEF war erneut ein sinkendes Mobilisierungspotenzial der gemässigten WEF-Gegner festzustellen.

Dennoch blieb das Gewaltpotenzial der linksextremen Szene im Berichtsjahr unverändert hoch. Deutlich zu beobachten war eine verstärkte Hinwendung zu den Themen Atomenergie und Finanzkrise, ohne dass dabei allerdings Einschränkungen in den Bereichen Antifa und Solidarität mit Gesinnungsgenossen im Strafvollzug feststellbar gewesen wären. Schweiz-, aber auch europaweit haben der RAS und besonders seine grösste und führende Sektion in Zürich (RAZ) an Bedeutung gewonnen.

RAS und RAZ gewinnen europaweit an Bedeutung.

MÖGLICHE ENTWICKLUNGEN

Möglichkeiten zur Instrumentalisierung

Das Mobilisierungspotenzial der Globalisierungskritik hat weiter abgenommen. Dagegen bietet gerade die Finanzkrise eine aus Sicht der Linksextremen ideale Ausgangslage für eine Trendwende. Das Thema dürfte ebenso wie der gewalttätige Widerstand gegen die Atomenergie weiterhin an Bedeutung gewinnen, wobei die Szene nach Kräften bemüht sein wird, sie für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Tendenzen hin zum Terrorismus sind nicht auszumachen.

Abnahme des Mobilisierungspotenzials der Globalisierungskritik.

4.3 Südosteuropäische Gruppen

LAGE

Unabhängigkeitserklärung des Kosovo

Die Lage im Kosovo wurde während des Berichtsjahrs von der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008 und den damit zusammenhängenden Ereignissen geprägt. Am 15. Juni 2008 trat die Verfassung des Kosovo in Kraft. Diese basiert auf dem Ahtisaari-Plan, der weiterhin eine internationale zivile sowie militärische Präsenz vorsieht, und wurde weitgehend von der internationalen Staatengemeinschaft vorgegeben. Die moderne Verfassung garantiert den Minderheiten, insbesondere den Kosovo-Serben, weitgehende Rechte. Insgesamt blieb die Lage ruhig, war aber im Nordkosovo und in den grösseren kosovoserbischen Siedlungsgebieten angespannt.

Insgesamt ruhige Lage.

Die Zeit seit der Unabhängigkeitserklärung lässt sich allgemein durch kosovo-serbische politische, diplomatische und gewalttätige Aktivitäten und kosovo-albanische Passivität beschrei-

ben. Auf serbischer Seite wurde die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo umgehend als illegal verurteilt und für ungültig erklärt. Belgrad konzentrierte sich darauf, sich auf der politischen und juristischen Ebene gegen diesen Akt zu wehren. Trotzdem kam es zu zahlreichen gewalttätigen Aktionen der kosovo-serbischen Seite, worauf die Kosovo-Albaner nicht entsprechend reagierten.

Lage Schweiz

Der Bundesrat beschloss am 27. Februar 2008, den Kosovo als unabhängigen Staat anzuerkennen. Seitens der serbischen beziehungsweise kosovarischen Diasporagemeinde kam es im Anschluss an die Unabhängigkeitserklärung und die Anerkennung des Kosovo durch die Schweiz zu öffentlichen Kundgebungen. Mehrere Tausend Kosovo-Albaner feierten spontan oder an offiziellen Veranstaltungen, während die serbische Diasporagemeinde vier Protestkundgebungen durchführte, zu denen sich eine viel kleinere Anzahl Teilnehmer einfand als erwartet. Die Veranstaltungen verliefen ohne grössere Zwischenfälle, und es waren, abgesehen von kleineren Provokationen, keine inter-ethnischen Auseinandersetzungen oder gewaltsamen Aktionen zu verzeichnen.

Veranstaltungen ohne grössere Zwischenfälle.

BEURTEILUNG

Entwicklung in der Region entscheidend

Das Verhalten der ethnisch-albanischen und der serbischen Diasporagemeinden bleibt unverändert eng mit der politischen Entwicklung in Südosteuropa verbunden. Die innere Sicherheit der Schweiz ist von deren Gewaltpotenzial bisher nur schwach tangiert worden; sie ist höchstens von Einzelaktionen betroffen. Daneben sind aber weiterhin Aktivitäten von Personen zu verzeichnen, die gewaltextremistischen Gruppen nahestehen und denen die Schweiz als Finanzierungs- und Logistikbasis dient.

Innere Sicherheit der Schweiz höchstens von Einzelaktionen betroffen.

Ausschreitungen in Mitrovica. Brennendes Fahrzeug der UNO während der Auseinandersetzung von Serben mit den Ordnungskräften am 17. März 2008. FOTO KEYSTONE

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Machtkampf unabwendbar?

Nach der Unabhängigkeit bleiben die Frage der territorialen Integrität und die grossen sozialen und ökonomischen Probleme ungelöst. Neben den weiterhin bestehenden inter-ethnischen Spannungen könnten sich die innenpolitischen Machtkämpfe zuspitzen und zu einer Radikalisierung der kosovo-albanischen Gesellschaft führen. Solche Tendenzen könnten sich mittelfristig auch in der ethnisch-albanischen Diasporagemeinde der Schweiz zeigen. Ähnliche Probleme bestehen in Westmazedonien sowie in Südserbien.

4.4 Kurdische und türkische Gruppen

LAGE

Anhaltende Kampfhandlungen in der Türkei

In der Türkei verschärfte sich der Kurdenkonflikt weiter. Die türkische Armee führte im Februar des Berichtsjahrs im Nordirak die seit einem Jahrzehnt grösste Bodenoffensive gegen die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) durch. Gleichzeitig intensivierte sich das Vorgehen gegen die kurdischen Kämpfer im Nordirak aus der Luft. Die Kurdenrebellen ihrerseits reagierten mit Überfällen auf zivile Infrastrukturen wie zum Beispiel Ölpipelines und griffen Grenzposten der türkischen Armee von irakischem Territorium aus an. Am 8. Oktober verlängerte das türkische Parlament mit grosser Mehrheit die im Vorjahr erstmals erteilte, auf den 17. Oktober 2008 terminierte Genehmigung für die Armee, die PKK grenzüberschreitend auch im Irak bekämpfen zu dürfen, um ein Jahr. Vor und nach diesem Entscheid kam es zu einer Reihe von Anschlägen der PKK gegen türkische Sicherheitskräfte. Mehrere Personen wurden dabei getötet. An mehreren Orten in der Türkei kam es zu Konfrontationen zwischen Türken und Kurden. Bereits im August 2008 hatte die PKK anlässlich ihres sogenannten Volkskongresses im Nordirak die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes beschlossen.

Grenzüberschreitende Bekämpfung der PKK im Irak.

Entführung deutscher Bergsteiger

Am 8. Juli 2008 wurden drei deutsche Bergsteiger in einem Basislager am Berg Ararat im türkisch-iranischen Grenzgebiet entführt. Die Entführer waren mutmasslich Kämpfer der PKK. Die Entführung stand wahrscheinlich in Zusammenhang mit der Mitte Juni erfolgten Schliessung der Produktionsplattform des kurdischen Fernsehsenders Roj-TV in Deutschland. Die Geiseln wurden nach zwölf Tagen freigelassen.

Anschlagsserien in der Schweiz und Europa

Die Serie von Protestkundgebungen und Anschlägen setzte sich im Berichtsjahr, insbesondere in der Zeit von Mitte Oktober bis Mitte November, in der Schweiz und in Europa fort. Motiv insbesondere der Brandanschläge im Herbst waren die von der PKK behauptete Misshandlung des inhaftierten PKK-Chefs Öcalan und die seit Anfang Oktober wieder verstärkte Militärintervention der türkischen Armee gegen die PKK im Nordirak. Ziele der Anschläge in der Schweiz waren vorwiegend türkische Einrichtungen. Diverse Bekennungsschreiben im In- und Ausland sowie weitere Anschlagsdrohungen liessen den Schluss zu, dass die Vorfälle der PKK und verwandten Organisationen zuzuordnen sind. Um eine Eskalation der Gewalt in der Schweiz zu verhindern, beschloss der Bundesrat im November Massnahmen, welche die Aktivitäten der PKK und ihr nahestehender Organisationen, insbesondere die Geldbeschaffung, in der Schweiz noch mehr einschränken. Neben Propaganda- und Geldbeschaffungsaktivitäten der PKK konnte wie in den 1990er-Jahren vermehrt festgestellt werden, dass vorwiegend Jugendliche für den Kampfeinsatz in der Türkei angeworben und ausgebildet wurden.

Ziel der Anschläge in der Schweiz vorwiegend türkische Einrichtungen.

Wichtige Vorfälle 2008

- Anlässlich einer unbewilligten Kundgebung von Kurden gegen einen von der türkischen Botschaft organisierten Informations- und Kulturanlass in Bern kam es am 4. Mai zu Schlägereien unter Kurden und Türken sowie zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen den Protestierenden und der Polizei.
- Während der Uefa Euro 2008 blieben die befürchteten gewalttätigen Konfrontationen aus. Hingegen kam es in Basel vereinzelt zu Übergriffen von Kurden gegen türkische Geschäftsleute.
- Mitte Oktober bis Mitte November 2008 kam es zu einer Serie von Anschlägen namentlich gegen türkische Cafés, Vereinslokale und Reisebüros. Es handelte sich vorwiegend um Brandanschläge. In Basel erlitt eine Person schwere Brandverletzungen.

Hoher Finanzbedarf

Wie andere ausländische gewaltextremistische Gruppen, die in ihrer Heimat in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, weist auch die

PKK einen grossen Finanzbedarf auf. Sie finanziert ihren Apparat in Europa und in der Türkei im Wesentlichen durch Spendengeldsammlungen, Mitgliederbeiträge und Einnahmen aus dem Verkauf von Publikationen in der Diasporagemeinde. Die Höhe der zu sammelnden Beträge wird durch die landesübergreifende PKK-Zentrale pro Gebiet und für einen bestimmten Zeitraum festgelegt. Bei den ins Ausland transferierten Geldern kann es sich sowohl um Spenden zu humanitären Zwecken als auch um politisch motivierte Unterstützungszahlungen an Exponenten der PKK handeln.

Spendengeldsammlungen, Mitgliederbeiträge und Verkauf von Publikationen.

Molotow-Cocktail in Basel. Am 18. Oktober 2008 wurde ein Gast bei einem Brandanschlag auf ein türkisches Café verletzt. FOTO POLIZEI

BEURTEILUNG

Lage in der Heimat entscheidend

Die Lage in der Schweiz ist weiterhin von den Ereignissen in der Türkei und dem Vorgehen der türkischen Armee gegen die Rebellen im Nordirak abhängig. Das Verhalten der PKK in und ausserhalb der Türkei zeigt, dass die Organisation nicht an einem Ende der Gewalt interessiert ist. Mit ihren Aktionen kann die PKK dem türkischen Staat immer noch empfindliche Nadelstiche zufügen; aus strategischer Sicht ist sie jedoch in die Defensive gedrängt worden.

PKK strategisch in die Defensive gedrängt.

Die PKK versucht durch Protestaktionen ausserhalb der Türkei weiterhin, auf die Lage im Konfliktgebiet und auf die fortdauernde Inhaftierung Öcalans aufmerksam zu machen. In der Türkei will sie mit dem bewaffneten Kampf Druck auf die Regierung ausüben. Die gewalttätigen Anschläge im Berichtsjahr deuten darauf hin, dass entgegen der PKK-Strategie mutmasslich jugendliche Anhänger ausserhalb der Türkei zu aggressiveren Mitteln greifen.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Gewaltpotenzial bleibt erhalten

Eine Lösung des Konflikts ist mittelfristig nicht zu erwarten. Ein hohes Mobilisierungs- und Gewaltpotenzial ist bei türkischen und kurdischen Gruppierungen in der Schweiz weiterhin vorhanden. Kurdische Gruppierungen mit einer vorwiegend jugendlichen Mitgliedschaft tendieren in der Schweiz zunehmend zu aggressiveren Mitteln, um auf die Situation und Entwicklung in der Türkei aufmerksam zu machen. Ein Ereignis wie zum Beispiel der Tod Abdullah Öcalans könnte zu europaweiten Protest- und Besetzungsaktionen führen, wie sie in den 1990er-Jahren mehrmals vorkamen. Anschläge gegen türkische Einrichtungen wären dabei wahrscheinlich. Attentate der PKK in der Türkei zielen nicht prioritär auf Schweizer Interessen. Möglich bleibt die Wiederaufnahme von Anschlägen gegen touristische Ziele in der Türkei.

Lösung des Konflikts mittelfristig nicht zu erwarten.

4.5 Tamilischer Gewaltextremismus

Flyer für Kundgebung der LTTE. Der Propagandaanlass fand am 5. Juli 2008 in Bern statt; der Flyer zeigt unter anderem den LTTE-Führer Velupillai Prabhakaran. FOTO POLIZEI

LAGE

Bürgerkrieg auf Sri Lanka

Im Januar 2008 wurde das sechs Jahre zuvor geschlossene Waffenstillstandsabkommen zwischen den LTTE und den sri-lankischen Behörden von der Regierung offiziell aufgehoben. Die darauf folgende Offensive der Armee drängte die LTTE immer stärker in die Defensive und führte zu grossflächigen Rückeroberungen von Gebieten, die zuvor jahrelang von den LTTE kontrolliert worden waren. Mit den kriegerischen Handlungen auf Sri Lanka verschlechterte sich auch die humanitäre Situation vor allem in den umkämpften Gebieten im Nordosten des Landes. Dies hatte Einfluss auf die Zahl der Asylgesuche von sri-lankischen Staatsangehörigen in der Schweiz. Im Vergleich zu 2007 kam es 2008 zu einer Verdoppelung der Gesuche.

Massnahmen in der EU

Polizeiaktionen in Frankreich und Italien.

Nach ausgedehnten Ermittlungen, denen im Frühling 2007 in Frankreich die Festnahme hochrangiger LTTE-Vertreter folgte, fand im Juni des Berichtsjahres eine analoge Polizeiaktion in Italien statt. Rund 30 sri-lankische Staatsangehörige wurden wegen Verdachts der Gelderpressung und Finanzierung terroristischer Aktivitäten zugunsten der LTTE verhaftet. Die Ermittlungen ergaben, dass die LTTE-Verantwortlichen in Italien enge Beziehungen zu anderen LTTE-Mitgliedern in ganz Europa pflegten.

2007 war in Frankreich der LTTE-TV-Sender Tamil Television Network (TTN) geschlossen worden. Im Berichtsjahr versuchten die Tamil Tigers mehrfach in EU-Ländern einen Nachfolger aufzubauen, so auch in der Schweiz. Alle Versuche schlugen fehl.

Propaganda und Geldsammlungen in der Schweiz

Zunahme der regelmässigen Propagandaveranstaltungen.

Mit der Zuspitzung des Bürgerkriegs auf Sri Lanka nahmen auch die regelmässigen Propagandaveranstaltungen der LTTE auf Schweizer Boden zu. Beispielsweise wurde anfangs Juli in Bern eine Veranstaltung mit etwa 2'000 Teilnehmern durchgeführt, wobei Plakate mit dem LTTE-Emblem und dem Konterfei des LTTE-Führers Velupillai Prabhakaran zu Hunderten mitgeführt wurden. Eine besonders martialische Verherrlichung der LTTE fand im Juni 2008 bei einer Veranstaltung des tamilischen Kulturvereins im Thurgau statt. Dort wurde im Rahmen eines Kulturfestes ein Schauspiel aufgeführt, bei dem Kinder in Militäruniform respektive LTTE-Kampfwesten mit selbst gebastelten Raketenwerfer- und Gewehrattrappen den Bürgerkrieg nachstellten.

Im zweiten Halbjahr intensivierten sich die Propagandaveranstaltungen nochmals, wobei viele Treffen nicht direkt von den LTTE, sondern von ihnen nahestehenden Organisationen wie etwa dem Tamilen Forum Schweiz organisiert wurden. Es handelte sich meist entweder um pri-

vate Veranstaltungen oder öffentliche, von den Behörden bewilligte Demonstrationen, bei denen die Öffentlichkeit auf die Situation der Tamilen auf Sri Lanka aufmerksam gemacht werden sollte. Insbesondere bei den auf tamilische Teilnehmer ausgerichteten Anlässen wurde regelmässig Geld gesammelt. Die Geldsammlungen wurden von den Veranstaltern gegen aussen als humanitäre Spendenaktionen für die vom Krieg betroffenen tamilischen Landsleute ausgewiesen. Der tatsächliche Verwendungszweck liess sich nicht feststellen.

Tatsächlicher Verwendungszweck nicht feststellbar.

LTTE-Flaggen und Bilder Prabhakarans. Die bewilligte Demonstration am 5. Juli 2008 in Bern verlief friedlich. FOTO POLIZEI

Steigende Gewalt in der tamilischen Diasporagemeinde

2008 wurde im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von gewalttätigen Zwischenfällen in der tamilischen Diasporagemeinde festgestellt. So kam es im Juli bei einer LTTE-Veranstaltung in Basel zu einer Massenschlägerei unter den tamilischen Teilnehmern. Ende August wurden mehrere gewalttätige Vorfälle unter tamilischen Jugendlichen im Raum Solothurn registriert, und Ende September kam es in Zürich zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen Tamilen, wobei Messer und ein Kleinkalibergewehr zum Einsatz kamen. Ob hinter diesen Zwischenfällen politische Motive stehen, konnte nicht geklärt werden. Eine Anti-LTTE-Demonstration in Bern Anfang September mit circa 500 tamilischen Teilnehmern, die teils auch aus dem Ausland zugereist waren, verlief ohne Störung.

Massenschlägerei und tätliche Auseinandersetzung.

BEURTEILUNG

Steigender Druck auf die tamilische Diasporagemeinde

Die Situation der LTTE auf Sri Lanka setzte die hiesige tamilische Gemeinschaft zunehmendem Druck des LTTE-Ablegers in der Schweiz aus. Die steigende Anzahl von Propagandaveranstaltungen der Tamil Tigers deutet auf eine engere Kontrolle der in der Schweiz lebenden sri-lankischen Tamilen hin, da solche Veranstaltungen auch der Disziplinierung und Überwachung dienen. Diese Veranstaltungen sind zudem mit direkten Aufforderungen, den LTTE Geld zukommen zu lassen, verbunden.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Zuspitzung der Lage

Die weitere Zuspitzung der Lage auf Sri Lanka könnte die gewalttätigen Zwischenfälle in der tamilischen Gemeinschaft sowie die Unmutsäusserungen von den LTTE ablehnend gegenüberstehenden Tamilen in der Schweiz weiter zunehmen lassen. Der Druck auf die LTTE in den benachbarten Ländern erhöht die Anziehungskraft der Schweiz für Aktivisten der Tamil Tigers. Eine verstärkte Präsenz von LTTE-Kadern, verbunden mit einer Zunahme von privaten und offiziellen LTTE-Anlässen, ist deshalb wahrscheinlich. Falls die Tamil Tigers in der Schweiz tatsächlich aktiver werden, gilt es, Konfrontationen zwischen LTTE-Gegnern und -Unterstützern zu verhindern.

Verstärkte Präsenz von LTTE-Kadern in der Schweiz wahrscheinlich.

4.6 Terrorismus- und Extremismusfinanzierung

LAGE

Lage Schweiz

Europa und damit auch die Schweiz blieben für gewaltextremistische und terroristische Gruppierungen ein Feld zur Finanzierung ihrer Aktivitäten und ihrer Infrastruktur. So wurden zum Beispiel am 26. September 2008 in einer gemeinsamen Aktion der schweizerischen und französischen Behörden mehrere Personen aus dem Umfeld der iranischen Volksmudschaheddin (MeK) unter Verdacht der Geldwäscherei zugunsten der MeK verhaftet. Allerdings blieb auch im Berichtsjahr die Anzahl Verdachtsmeldungen, die im Zusammenhang mit mutmasslicher Terrorismusfinanzierung von Schweizer Finanzdienstleistern an die Behörden erstattet werden müssen, zum dritten Mal in Folge tief. Infolge seines Todes wurde im Mai 2008 der einzige verzeichnete Schweizer aus der UNO-Sanktionsliste gestrichen.

Einzig verzeichneter Schweizer aus UNO-Sanktionsliste gestrichen.

Spendensammlungen

Weiterhin von Bedeutung in der Terrorismusfinanzierung waren die Aktivitäten einiger in Europa und in der Schweiz ansässiger humanitärer Organisationen, die vordergründig Geld für gemeinnützige Zwecke sammeln, die Erträge aber anschliessend ins Ausland transferieren, wo sie zur Finanzierung der Infrastruktur oder der Aktivitäten terroristischer Gruppierungen zweckentfremdet werden sollen. Im Einzelnen handelt es sich um relativ geringe Spenden, die zusammen aber eine ins Gewicht fallende Summe erreichen können.

Vordergründig Geldsammlungen für gemeinnützige Zwecke.

Überweisung ins Ausland

Sobald Geld ins Ausland transferiert wird, sind die Nachverfolgung und die Feststellung der tatsächlichen Verwendung kaum mehr möglich. Alternative Geldüberweisungsmethoden machen zusätzlich die vorgesehenen Massnahmen gegen Geldflüsse mit terroristischem Hintergrund nahezu wirkungslos. Die alternativen Methoden sind das Hawala-Banking, der Einsatz von Geldkurieren oder virtuelle Zahlungsmethoden über Internet wie etwa die Angebote von E-Geldinstituten, die immer häufiger Verwendung finden.

Feststellung der tatsächlichen Verwendung kaum möglich.

BEURTEILUNG

Ausbleiben nachhaltiger Erfolge

Die Schweiz spielt weiterhin keine Schlüsselrolle als Rückzugsraum oder Finanzplattform für Individuen respektive Gruppierungen, die terroristische oder gewaltextremistische Aktivitäten finanzieren oder unterstützen. Die Ermittlungen im Bereich Terrorismus- und Extremismusfinanzierung bleiben anspruchsvoll, umso mehr als sich die Täterschaft flexibel zeigt, sich vermehrt schwer rückverfolgbarer Überweisungsmethoden bedient und international ausgerichtet ist, wie das Beispiel der MeK zeigt. Den Abwehrmassnahmen im Finanzsektor kommt deshalb auch im präventiven Bereich weiterhin hohe Bedeutung zu.

Schweiz spielt keine Schlüsselrolle.

Zunehmende Kritik an Finanzsanktionen

Die bisher verfolgte Strategie der Staatengemeinschaft, mittels internationaler Finanzsanktionen gegen mutmassliche Unterstützer des Terrorismus vorzugehen, gerät zunehmend in die Kritik. Als problematisch gelten die sogenannten Listing- und Delistingverfahren, also das Aufnehmen und das Streichen von Personen auf eine Sanktionsliste mit dem Ziel, die Finanzmittel der betreffenden Individuen einzufrieren oder wieder freizugeben. Kritisiert werden die Intransparenz der Verfahren, die fehlende Einspruchsmöglichkeit im Falle eines Listings sowie die Schwierigkeit, von der Liste wieder gestrichen zu werden. Die Schweiz setzt sich international für eine Verbesserung dieser Prozeduren ein.

Schweiz für Verbesserung der Prozeduren.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Zunahme der informellen Geldüberweisungsmethoden

Aufgrund der eingespielten Kooperation der nachrichtendienstlichen, polizeilichen und privatwirtschaftlichen Akteure ist nicht davon auszugehen, dass der Finanzplatz Schweiz mittelfristig verstärkt zur Terrorismus- und Extremismusfinanzierung missbraucht werden wird. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass für den Transfer von Geldern noch häufiger informelle Systeme, insbesondere Geldkuriere, verwendet werden. Die Verordnung über die Kontrolle des grenzüberschreitenden Barmittelverkehrs wurde auf den 1. März 2009 in Kraft gesetzt. Sie sieht vor, dass anmeldepflichtige Personen im Sinne des Zollgesetzes auf ausdrückliche Frage hin der Zollstelle Auskunft zu erteilen haben zu ihrer Person, über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Barmitteln im Betrag von mindestens 10'000 Franken oder entsprechendem Gegenwert bei ausländischen Währungen, über die Herkunft und den vorgesehenen Verwendungszweck der Barmittel und über die wirtschaftlich berechtigte Person. Bei Verdacht auf Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung soll die Zollstelle auch Auskünfte verlangen können, wenn der Betrag der Barmittel den Schwellenwert von 10'000 Franken oder den entsprechenden Gegenwert bei ausländischen Währungen nicht erreicht. ■

Mittelfristig kein verstärkter Missbrauch des Finanzplatzes Schweiz.

5. Verbotener Nachrichtendienst

LAGE

Spionageziele

Verschiedene gerichtspolizeiliche Verfahren in Europa und in den USA zeigten im Berichtsjahr, dass Staaten Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung über ihre Nachrichtendienste beschafften. Sie verfolgten damit wirtschaftliche Ziele. Weiter versuchten mehrere ausländische Nachrichtendienste geheime oder vertrauliche Informationen von internationalen Organisationen, der Nato und der EU zu beschaffen und im Ausland Gegner ihres Regimes auszuforschen. Zudem wurden aus fiskalischen Interessen mit nachrichtendienstlichen Methoden Daten ausländischer Finanzplätze beschafft.

Militärischer, politischer und wirtschaftlicher Nachrichtendienst.

Neben militärischer und politischer Spionage betrieben ausländische Nachrichtendienste in der Schweiz im Berichtsjahr vermehrt verbotenen wirtschaftlichen Nachrichtendienst.

Wichtige Vorfälle 2008

- In Estland wurde im September ein früherer Spitzenbeamter des estnischen Verteidigungsministeriums wegen Spionage für Russland verhaftet. Der erstmals noch in der sowjetischen Ära von einem Nachrichtendienst angeworbene Verhaftete hatte unter anderem Zugang zu geheimen Informationen der Nato und der EU.
- Der deutsche Auslandnachrichtendienst (Bundesnachrichtendienst, BND) bezahlte einem Informanten mehr als vier Millionen Euro für Daten einer liechtensteinischen Bank. Diese Daten ermöglichen die Verfolgung deutscher Staatsbürger, die Steuern hinterzogen haben sollen.
- Im Rahmen der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung greift die US-amerikanische Central Intelligence Agency (CIA) auf die Finanztransferdaten der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (Swift) zu. Dies betrifft auch Schweizer Finanzdaten.

Entwicklung von Massenvernichtungswaffen

Schweizer Forschungseinrichtungen und Unternehmen, darunter auch kleine und mittlere, im Bereich Spitzentechnologie stehen weiterhin im Fokus von Ländern, die ihre Programme zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen vorantreiben wollen. Diese Länder betreiben dazu im Verborgenen Spionage, weil solche Programme international beobachtet und geächtet werden. Sie versuchen so sowohl Grundlagenwissen wie auch zur Produktion direkt anwendbares Know-how zu erlangen.

Schweizer Forschungseinrichtungen und Unternehmen potenziell betroffen.

Spionagemethoden

Ausländische Nachrichtendienste bedienen sich zur Spionage verschiedener Methoden. Sie arbeiten nach wie vor mit traditionellen Mitteln wie lebenden und toten Briefkästen, Agentenfunk, Human Intelligence (Humint) wie Abschöpfung und Anwerbung von Informanten und mit hochentwickelten elektronischen Mitteln der Signal Intelligence (Sigint) und Communication Intelligence (Comint). Das Eindringen in IT-Netzwerke, die Verwendung von Mobiltelefonen als Abhöreinrichtung und die Ausforschung per Internet gehören zu den modernen Spionagemethoden.

Traditionelle und moderne Mittel des verbotenen Nachrichtendiensts.

Als Diplomaten oder Journalisten getarnt, erhalten ausländische Nachrichtendienstoffiziere in der Schweiz einfach Zugang zu Entscheidungsträgern aus allen Bereichen. Sie können so erste Informationen sammeln und Personen kontaktieren, ohne sich verdächtig zu machen. Ausländische Nachrichtendienstoffiziere besuchen häufig öffentliche Veranstaltungen und halten Ausschau nach Zielpersonen, wofür alle Informationsträger in Frage kommen. Insbesondere im diplomatischen Bereich tätige Personen sind begehrte Ziele ausländischer Nachrichtendienste. Dolmetscher und Übersetzer können ebenfalls Zugang zu vertraulichen Informationen gewinnen, ebenso wie Stagiaires und Doktoranden für ausländische Nachrichtendienste wertvolle Informationen sammeln können.

Ausländische Nachrichtendienstoffiziere bauen zu ihren Zielpersonen kontinuierlich eine Vertrauens- und allenfalls eine Abhängigkeitsbeziehung auf. Anfänglich versuchen sie, unsensible und öffentlich zugängliche Informationen zu erlangen. Kleine Geschenke und Einladungen erhalten die Freundschaft – die Zielperson gibt vermehrt

Kontinuierlicher Aufbau einer Vertrauens- und Abhängigkeitsbeziehung.

vertrauliche Informationen preis. Das Vertrauensverhältnis wird soweit vertieft, bis schliesslich auch Geheiminformationen verraten werden. Die Zielperson verstrickt sich immer tiefer und kann nicht mehr zurück; mit dem Hinweis darauf, welche Informationen sie bereits verbotenerweise geliefert hat, wird erpresserischer Druck aufgebaut. Besonders die Annahme von Geld kompromittiert und bindet die Zielperson an den Nachrichtendienstoffizier.

Erpressungsmöglichkeiten können auch von den Nachrichtendiensten selbst geschaffen werden. So werden Zielpersonen in gewissen Staaten Gesetzesübertretungen vorgeworfen. Die Vorwürfe können begründet oder vorgeschoben sein, der Anlass dazu beispielsweise ein Verkehrsunfall. Gegen Informationen und Zusammenarbeit bietet ein Nachrichtendienst sodann seine Hilfe an. Erpressungsmöglichkeiten können auch durch Überwachung geschaffen werden, etwa durch die Dokumentation von Liebesaffären, ausserehelichen Beziehungen oder der Annahme von Geld.

Erpressungsmöglichkeiten.

BEURTEILUNG

Multilaterale Organisationen

Entscheidungsprozesse multilateraler Organisationen in den Bereichen Sicherheits- und Wirtschaftspolitik sind Gegenstand verbotenen Nachrichtendiensts. Nach wie vor spielen dabei traditionelle Beschaffungsmethoden eine entscheidende Rolle.

Schweizerische Forschungs- und Wirtschaftsinteressen

Im Berichtsjahr zeigte sich, dass das Interesse ausländischer Nachrichtendienste an der Schweiz als Standort von Forschungseinrichtungen und Unternehmen im Bereich Spitzentechnologie nicht abgenommen hat. Zudem ist die Schweiz als Standort vieler internationaler Organisationen für ausländische Nachrichtendienste interessant. Auch steht die Schweiz als wichtiger Rohstoffhandels- und Finanzplatz im Blickfeld ausländischer Nachrichtendienste. Darauf weist auch die im Berichtsjahr gestiegene Zahl von Einreiseverboten für Personen mit Diplomatenstatus hin.

Schweiz als Standort vieler internationaler Organisationen.

Ausforschung von Regimegegnern

Ausländische Regimegegner und Oppositionelle, die sich in der Schweiz niedergelassen haben, stellen ein Ziel ausländischer Nachrichtendienste dar. Dies betrifft vor allem Staaten, in denen die Meinungsäusserungs- und Medienfreiheit eingeschränkt sind und die über die Ressourcen verfügen, weltweit Regimegegner und Opposition zu verfolgen. Die Schweiz beherbergt viele ausländische Regimegegner, die unter anderem als Flüchtlinge in die Schweiz gelangt sind.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Globaler Wettbewerb

Im globalen wirtschaftlichen Wettbewerb bedienen sich Staaten auch illegaler Mittel, um sich Wissen anzueignen. Ohne die Kosten für Forschung und Entwicklung tragen zu müssen, erwerben sie sich so Wettbewerbsvorteile. Staatlich gesteuerter wirtschaftlicher Nachrichtendienst wird vornehmlich von denjenigen Staaten offensiv betrieben, die ihre Wirtschaft stark kontrollieren. Gefährdet sind besonders diejenigen Schweizer Unternehmen, die in diesen Risikostaaten Filialen oder Forschungseinrichtungen unterhalten. Betroffen ist auch der Finanzplatz Schweiz.

Schweizer Unternehmen mit Filialen in Risikostaaten besonders betroffen.

Ausforschung ausländischer Oppositionsgruppen

Verschärfen sich Konflikte in den Heimatstaaten in der Schweiz niedergelassener oppositioneller Gruppen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ausländische Nachrichtendienste sie beobachten und zu beeinflussen versuchen.

Mangelndes Sicherheitsbewusstsein

Falls Mitarbeitende in Verwaltung, Wirtschaft, Forschung und Politik ihre vertraulichen Daten nicht genügend schützen, besteht die Gefahr, dass sie an ausländische Nachrichtendienste gelangen. Der entstehende Schaden kann enorm sein und langfristige Folgen haben. ■

6. Proliferation

LAGE

Iran

Der Iran ignorierte auch im Berichtsjahr die Aufforderungen des UNO-Sicherheitsrates, seine Aktivitäten zur Urananreicherung einzustellen. In ihren jüngsten Berichten beurteilt die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) das Atomprogramm des Iran weiterhin skeptisch. Die IAEA bedauert insbesondere die mangelnde Bereitschaft Irans, offene Fragen zu seinem Atomprogramm durch Kooperation und Transparenz einer Lösung zuzuführen. Im Juli und im November 2008 führte der Iran Tests seiner verbesserten Mittelstreckenrakete Shahab-3 und der neuen landgestützten Sejil-Rakete durch. Beide Mittelstreckenraketen können mit nicht konventionellen Sprengköpfen bestückt werden.

IAEA beurteilt Atomprogramm des Iran skeptisch.

Nordkorea

Im Oktober 2008 kündete Nordkorea an, die Wiederaufbereitungsanlagen für Plutonium wieder in Betrieb nehmen zu wollen, doch bereits Mitte desselben Monats schloss die Regierung in Pjöngjang mit den USA einen Kompromiss. Nordkorea wurde von der US-Terrorliste gestrichen, liess im Gegenzug wieder Inspektoren der IAEA im Land zu und erklärte sich bereit, die unterbrochenen Arbeiten zur Stilllegung seiner Atomanlagen fortzusetzen. Wesentliche Teile dieser Atomanlagen waren zuvor schon im Vollzug des im Februar 2007 mit Südkorea, den USA, China, Russland und Japan geschlossenen Abkommens unbrauchbar gemacht worden.

Unterbrochene Arbeiten zur Stilllegung der Atomanlagen.

Nuklearvertrag zwischen den USA und Indien

Die USA und Indien unterzeichneten am 10. Oktober 2008 einen Vertrag, der amerikanischen Firmen den Verkauf ziviler Nukleartechnologie und Nuklearmaterials zur zivilen Nutzung an Indien erlaubt. Im Gegenzug erklärte sich Indien bereit, seine zivilen Atomanlagen für internationale Inspektionen zu öffnen. Zudem verpflichtete es sich, das Moratorium für Kernwaffenversuche weiterhin einzuhalten. Mit dem Abkommen wurde ein dreissig Jahre altes US-Verbot, Atomtechnik nach Indien zu exportieren, aufgehoben.

Straf- und Ermittlungsverfahren mit Schweizer Bezug

Das im Herbst 2004 eröffnete Verfahren gegen den Schweizer Ableger des illegalen Beschaffungsnetzwerks für Nuklearmaterial von Abdul Qadeer Khan wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Gegen die Verantwortlichen wurde bis Redaktionsschluss noch nicht Anklage erhoben. Im Ausland wurden mehrere zum Netzwerk Gehörige verurteilt. Es waren dies zwei Geschäftsleute in den Niederlanden, ein Geschäftsmann in Grossbritannien sowie ein deutscher Unternehmer, der von der Schweiz aus operierte und in Juni 2005 an Deutschland ausgeliefert worden war.

Ableger des Beschaffungsnetzwerks von Abdul Qadeer Khan.

Im Berichtsjahr führte fedpol (BKP) zudem Abklärungen durch, die illegale Munitions- und Waffenexporte nach Zentralasien und den Nahen Osten betrafen, in die Schweizer Firmen oder in der Schweiz ansässige Geschäftsleute verwickelt sind.

BEURTEILUNG

Iran

Im Berichtsjahr nahm die Bereitschaft Teherans nicht zu, mit der IAEA in Rahmen ihres Atomprogramms zu kooperieren. Der politische Druck im Rahmen der sogenannten Sechsergespräche – ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats und Deutschland – nahm zu, obwohl China und Russland mehrmals ihre Vorbehalte hinsichtlich weiterer Sanktionen signalisiert haben. Die Schweiz setzt ihre Exportkontrollen hinsichtlich der Lieferung von Dual-Use-Gütern an iranische Firmen im Einklang mit den UN-Sicherheitsratsresolutionen 1737 (2006), 1747 (2007) und 1803 (2008) um.

Exportkontrollen im Einklang mit den UN-Sicherheitsratsresolutionen.

Nordkorea

Trotz des neuen Kompromisses mit den USA und der daraus folgenden Streichung von der US-Terrorliste bleibt Nordkorea ein proliferationsrelevanter Staat. Sollte die Stilllegung seiner

Atomanlagen effektiv abgeschlossen werden, würde dies de facto verunmöglichen, dass Nordkorea Plutonium produziert, und somit die Gefahr der Weitergabe von waffenfähigem Nuklearmaterial erheblich reduzieren. Es besteht jedoch weiterhin Verdacht, es existiere ein separates Programm Nordkoreas zur Urananreicherung sowie hinsichtlich proliferationsrelevanter Tätigkeiten im Bereich ballistischer Lenkwaffen.

Nordkorea bleibt proliferationsrelevanter Staat.

Nuklearvertrag zwischen den USA und Indien

Der Vertrag zwischen den USA und Indien bleibt umstritten, da Indien den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat. Washington hatte schon 2006 eine bilaterale Vereinbarung mit Indien geschlossen, deren Ausgestaltung aber dadurch erschwert wurde, dass Indien weiterhin den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichen wollte. Nachdem sich aber im August die IAEA und Indien auf ein Sicherheitsabkommen geeinigt hatten, das eine Anzahl indischer Atomanlagen für Inspektoren öffnet, wurde im September von der Gruppe der Nuklearen Lieferländer (Nuclear Suppliers Group, NSG) eine von der USA vorgeschlagene Indienausnahme verabschiedet, die den Export von ziviler Nuklear-technologie und von Nuklearmaterial nach Indien erlaubt. Seit 1974 war von den USA und weiteren Ländern, welche die Nukleartechnik beherrschen, darunter die Schweiz, keine Nukleartechnologie an Indien geliefert worden.

Der Vertrag bleibt umstritten.

ABC-Terrorismus

Im Zusammenhang mit den US- und Nato-Einsätzen in Afghanistan drohten im Berichtsjahr al-Qaida und weitere dschihadistische Gruppierungen erneut mit Anschlägen mit biologischen oder chemischen Waffen gegen europäische Länder. Angriffe mit biologischen oder chemischen Waffen oder mit einer schmutzigen Bombe, das heisst einem Sprengkörper mit radioaktiver Ummantelung, werden von Fachleuten als möglich eingeschätzt. Zurzeit fehlen jedoch konkrete Anzeichen für eine effektive und unmittelbar bevorstehende Bedrohung namentlich auf europäischem Boden. Dem Einsatz solcher Waffen stehen zudem technische Hindernisse im Weg, die dazu geführt haben, dass weiterhin der Einsatz konventionellen Sprengstoffs zur Verübung von Anschlägen bevorzugt wird.

Zurzeit fehlen konkrete Anzeichen.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Beschaffung von Dual-Use-Gütern in der Schweiz

Angesichts der Aktivitäten des Iran und einiger anderer Risikoländer sowohl im Bereich Nukleartechnologie wie auch hinsichtlich ballistischer Lenkwaffen wird die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme auch für die nächsten Jahre eine der grössten Bedrohungen der internationalen Sicherheit darstellen. Die Schweiz wird davon vor allem betroffen sein, indem versucht wird, illegal Dual-Use-Güter zu beschaffen.

Proliferation eine der grössten Bedrohungen der Sicherheit.

Interessenpolitik der Grossmächte

Der Nuklearvertrag zwischen den USA und Indien und die zögernde Haltung Russlands und Chinas hinsichtlich neuer Sanktionen des Sicherheitsrats gegen den Iran zeigen, wie stark die Interessen der Grossmächte das Kontrollregime beeinflussen. Deshalb und weil die Gefahr eines ABC-Terrorismus ernst genommen werden muss, sind viele Nato- respektive EU-Länder daran, den Akzent verstärkt auf Präventions- und Abwehrmassnahmen gegen den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu setzen. ■

Massnahmen gegen den Einsatz von Massenvernichtungswaffen.

7. Weitere Aspekte der inneren Sicherheit

7.1 Internetkriminalität, Informationssicherung und Kinderpornografie 64

7.2 Hooliganismus 66

7.1 Internetkriminalität, Informationssicherung und Kinderpornografie

LAGE

Schadsoftware via E-Mail

In den ersten Monaten des Berichtsjahres wurden diverse Wellen von E-Mails beobachtet, die Schadsoftware zum E-Banking verteilen sollten. Zeitweise traten diese Wellen im Wochentakt auf. Im Anhang der E-Mails befand sich immer derselbe Typ Schadsoftware. Dieser wurde aber jeweils so modifiziert, dass er anfangs gar nicht oder zumindest nur von wenigen Antivirenprogrammen erkannt werden konnte. Die Inhalte der E-Mails sollten den Empfänger neugierig machen oder ihm Furcht einflössen; die Qualität ihrer Sprache war unterschiedlich, jedoch fehlten immer die Umlaute.

Wellen von E-Mails mit Schadsoftware im Wochentakt.

Schadsoftware via Drive-by-Infektion

Im Verlauf des Berichtsjahres wurde Schadsoftware zum E-Banking nicht mehr über E-Mails, sondern über Webseiten verteilt. Die Gefahr einer sogenannten Drive-by-Infektion stieg rasant. Die verbreitete Meinung, dass solche Infektionen nur beim Besuch von Seiten dubioser Anbieter stattfinden, ist längst schon falsch; vielmehr sind auch Webseiten mit bestem Ruf und hohen Besucherzahlen betroffen.

Webseiten mit bestem Ruf und hohen Besucherzahlen betroffen.

Es gibt verschiedene Methoden, Webseiten mit einer Drive-by-Infektion zu versehen. Beispielsweise kann eine Schwachstelle in einer Webapplikation ausgenutzt werden, was besonders bei schlecht geschützten Foren geschieht. Es werden aber auch in grossem Stil Zugangsdaten zu Webseiten gesammelt. Dies kann beispielsweise durch eine Schadsoftware, sogenannte Keylogger, geschehen, die auf dem Computer installiert ist, über den die Webseite administriert wird. Im Oktober wurde fedpol (Melde- und Analysestelle Informationssicherung, Melani) über eine Liste informiert, die eine Vielzahl von Zugangsdaten zu Webseiten enthielt. Insgesamt waren die Täter in Besitz von über 3'000 Zugangsdaten zu Schweizer Webservern. Auf über 140 Webseiten konnte auch tatsächlich ein unerlaubter Zugriff festgestellt werden.

Zugangsdaten zu Webseiten in grossem Stil gesammelt.

International agierende Cyberkriminelle

Die niederländische Staatsanwaltschaft teilte im Oktober 2008 mit, dass drei Personen festgenommen worden waren, die mutmasslich im Zusammenhang mit E-Banking-Betrügereien stehen. Die Täter mit Bezügen nach Russland und in die Ukraine sollen entsprechende Spam-E-Mails versandt haben. Sie werden verdächtigt, ebenfalls hinter den Schadsoftwareattacken im Bereich E-Banking gegen Schweizer Finanzdienstleister zu stehen. Die Bundesanwaltschaft führt zusammen mit fedpol (BKP) seit Juli 2007 ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren wegen Angriffen auf das E-Banking in der Schweiz.

Täter mit Bezügen nach Russland und in die Ukraine.

Plattform für Pädophile

Bei Internetrecherchen wurde fedpol (Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität, Kobik) auf eine bei einem St. Galler Provider gehostete Webseite aufmerksam, auf der über Pädophilie diskutiert wurde. Die Webseite bot den Benutzern Gelegenheit, sich näher kennenzulernen oder sich auf privater Ebene zu vernetzen. fedpol (Kobik) konnte feststellen, dass im Forum Tipps für den und Erfahrungen mit Kindsmissbrauch oder Anweisungen für erste Kontaktnahmen mit Kindern ausgetauscht wurden. Die Strafverfolgungsbehörden des Kantons St. Gallen ermittelten daraufhin umfassend wegen Verdachts auf Kinderpornografie und sexuelle Handlungen mit Kindern.

Bei einem St. Galler Provider gehostete Webseite.

Bis heute wurden gegen 13 Schweizer Bürger Strafverfahren eingeleitet. Bei allen Verdächtigen wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt und zahlreiche Festplatten und andere Datenträger beschlagnahmt. Die Auswertungen werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen; erste Erkenntnisse

Strafverfahren gegen 13 Schweizer Bürger eingeleitet.

zeigen aber, dass grosse Mengen kinderpornografischen Bild- und Filmmaterials sichergestellt worden sind.

Zusammenarbeit mit Providern

Die Sperrung bekannter Webseiten mit kinderpornografischem Angebot wurde im Vorjahr in Betrieb genommen und lief im Berichtsjahr erfolgreich. Freiwillig beteiligten sich zehn Schweizer Provider, darunter die fünf mit den meisten Kunden, und sperrten den Zugriff auf kommerzielle Angebote an Kinderpornografie. Die Blockade richtet sich gegen kommerzielle Anbieter illegaler Kinderpornografie im Ausland. Die Liste der zu blockierenden Seiten wird international aktualisiert, wobei jeder Eintrag von fedpol (Kobik) zusätzlich auf die Schweizer Rechtslage hin überprüft wird. Ein Update der zu sperrenden Seiten erfolgt vierteljährlich.

Sperrung einschlägig bekannter Webseiten erfolgreich.

BEURTEILUNG

Schutz des Computers

Viele Benutzer reagieren mittlerweile skeptisch, wenn sie ungewollt E-Mails mit allgemein gehaltenem Text erhalten, und löschen diese unbesehen. Die Kriminellen sind deshalb gezwungen, ihre Verbreitungsmethoden zu verbessern respektive neue zu suchen. Dies geschieht zum einen dadurch, dass E-Mails genauer auf die Adressaten abgestimmt werden, was persönliche Vorabklärungen bedingt. Zum anderen werden Schadcodes über gehackte Webseiten verbreitet. Darunter befinden sich jeweils auch Webseiten mit bestem Ruf und hohen Besucherzahlen, sodass die Taktik, nur noch bekannte oder vertrauenswürdige Webseiten anzusurfen, keinen adäquaten Schutz mehr bietet.

Da moderne Schadsoftware sich dauernd verändert, ist auch die Detektion durch die Antivirenprogramme schwieriger geworden. Viele Hersteller von Antivirenprodukten versuchen, der Bedrohung durch Drive-by-Infektionen entgegenzuwirken, indem sie in ihren Produkten zusätzliche Schutzmassnahmen implementieren. Drive-by-Infektionen erfolgen heute grösstenteils via Javascript respektive ActiveX. Wer die Verwendung dieser Funktionen beim Browser einschränkt, kann ungewollten Drive-by-Infektionen entgegenwirken, schränkt jedoch die Funktion vieler Webseiten ein.

Detektion durch Antivirenprogramme schwieriger geworden.

Botnetze

Botnetze stellen nach wie vor eine grosse Gefahr dar und liegen, von den Eigentümern des Computers oft unerkannt, praktisch allen kriminellen Aktivitäten im Internet zugrunde. Dabei geht es vor allem um das Sammeln von verwertbaren Daten, den Versand von Spam, den Angriff auf die Verfügbarkeit oder die Verschleierung der Identität. Aufgrund von verbesserten Techniken sind Botnetze mittlerweile schwieriger zu identifizieren und ausser Betrieb zu setzen.

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Zugangsdaten zu Internetdiensten

Klassisches Phishing, also das Verleiten des Opfers, auf einer gefälschten Webseite seine Login- und Passwortdaten einzugeben, wird in der Schweiz gegen E-Banking-Kunden kaum mehr eingesetzt. Dafür wird Phishing vermehrt gegen Internetdienste verwendet, die nur durch Benutzernamen und Passwort und nicht durch eine Zweifaktoren-Authentifizierung geschützt sind. Diese Daten werden zukünftig vermehrt ins Visier der Cyberkriminellen geraten. Ziele sind dabei in der Regel nicht die Inhaber der Konti, sondern die Konti, die zur Durchführung einer Straftat missbraucht werden sollen. Jedoch dürfen einzelne Sicherheitsaspekte in Zukunft nicht mehr isoliert betrachtet werden, sondern müssen im Kontext gesehen werden. Dabei ist jeder einzelne Nutzer oder Anbieter Teil der Internetsicherheit.

Internetdienste ohne Zweifaktoren-Authentifizierung.

Verschlüsselungsprogramme

Aufgrund der Rückmeldungen der Strafverfolgungsbehörden kann festgestellt werden, dass vermehrt versucht wird, illegales Material auf Rechnern zu verstecken oder zu eliminieren. Vermehrt wurden Verschlüsselungsprogramme oder Software zur unwiderruflichen Löschung der Daten verwendet. Auch die Identitätsverschleierung, sei es über ein offenes Funknetzwerk oder über einen anonymen Internetzugang, wird zunehmen und Ermittlungen vor neue Herausforderungen stellen.

7.2 Hooliganismus

Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen. Gewalttätige Fans anlässlich des Spiels St. Gallen gegen Bellinzona am 21. Mai 2008. FOTO POLIZEI

LAGE

Uefa Euro 2008

Alle Spiele der Uefa Euro 2008 verliefen in der Schweiz ohne nennenswerte Zwischenfälle. Der internationale Austausch von Daten potenzieller Gefährder sowie die in der Schweiz und in anderen Ländern getroffenen präventiven Massnahmen wirkten beruhigend auf die Hooliganszenen und hielten Risikofans von der Anreise in die Schweiz ab.

Keine nennenswerten Zwischenfälle.

Auch an den Spielen der Schweizer Fussballnationalmannschaft neben der Uefa Euro 2008 und an den Spielen der Eishockeynationalmannschaft kam es im Berichtsjahr nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Die bereits seit längerer Zeit festzustellende Tendenz, dass die Zusammensetzungen der in- und ausländischen Fangruppierungen bei Spielen von Nationalmannschaften ein tieferes Risikopotenzial aufweisen wie jene des Clubfussballs, bestätigte sich. Ein Turnier wie die Uefa Euro 2008 kann mit dem alltäglichen Meisterschaftsbetrieb nicht gleichgesetzt werden, sind doch Klientel und Sicherheitsvorkehrungen verschieden.

Clubspiele in der Schweiz

Das Risikopotenzial im Clubfussball und Clubeishockey schien sich zu Beginn des Berichtsjahres zu verringern. Mit der Teilrevision des BWIS wurden den Behörden neue Instrumente im Kampf gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen zur Verfügung gestellt. Diese neuen Massnahmen führten in der Hooliganszene und unter gewalttätigen Fans zu Verunsicherung und Zurückhaltung. Das Risiko, noch vor der Uefa Euro 2008 mit einer Massnahme belegt zu werden und diese dadurch zu verpassen, wollten gewalttätige Fans nicht eingehen.

Insbesondere nach der Uefa Euro 2008 kam es immer wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen anlässlich von Meisterschaftsspielen im Fussball und Eishockey. Im Berichtsjahr wurden über 80 Ereignisse registriert, an denen es zu Gewalttätigkeiten kam. Über 150 Personen wurden verletzt, mehr als 200 verhaftet.

Gewalttätige Ausschreitungen anlässlich von Meisterschaftsspielen.

Verlagerung in untere Ligen

Die Tendenz, gewalttätige Auseinandersetzungen in untere Ligen zu verlagern, hielt nicht nur an, sondern verstärkte sich eher noch. So besuchten zum Beispiel Personen, die mit einem nationalen Stadionverbot belegt sind, häufiger Spiele in unteren Ligen, weil dort die Kontrollen weniger rigoros sind. Sie suchten dort die Konfrontation mit Gleichgesinnten oder mit Ordnungskräften.

Pyrotechnische Gegenstände

Die zum Teil skrupellose Verwendung von pyrotechnischen Gegenständen in Stadien nahm stark zu. Insbesondere bei Auswärtsspielen zündeten die Fans der Gastmannschaft Fackeln im Stadion. So warfen beispielsweise am 2. Mai 2008 anlässlich des Spiels des FC Basel gegen den FC Zürich in Basel Zürcher Fans während des Spiels Fackeln und Gegenstände direkt auf Personen. Es wurden über 40 Personen verletzt.

BEURTEILUNG

Höhere Gewaltbereitschaft

In der Schweiz zeigt sich, insbesondere seit dem Ende der Uefa Euro 2008, dass die Fans grundsätzlich gewaltbereiter geworden sind. Dies trifft einerseits für die Hooliganszene zu, anderer-

seits auch für den gewaltbereiten Teil von Ultragruppierungen. In der Schweiz ist gemäss neuen Schätzungen von fedpol (DAP) von 250 Hooligans mit hoher Gewaltbereitschaft und von rund 1'500 gewaltbereiten Personen auszugehen. In Hoogan waren Ende Berichtsjahr über 500 Personen registriert. Immer wieder sind bei Ausschreitungen eine grosse Anzahl von Schaulustigen und Solidaritätsaktionen von Nichtrisikofans mit gewaltbereiten Fans, zum Bespiel gegen die Polizei, festzustellen.

250 Hooligans und rund 1'500 gewaltbereite Personen.

Pyrotechnische Gegenstände. Während des Spiels FC Basel gegen BSC Young Boys am 10. Mai 2008 wurden in beiden Fanlagern immer wieder Handlichtfackeln entzündet. FOTO POLIZEI

MÖGLICHE ENTWICKLUNG

Beruhigung der Szene

Die neuen Massnahmen bilden gemeinsam mit dem Informationssystem Hoogan einen wirksamen individualpräventiven Ansatz. Die konsequente Umsetzung der Massnahmen wird die Szene beruhigen. Nach wie vor ist damit zu rechnen, dass versucht werden wird, pyrotechnische Gegenstände in Stadien und deren Umfeld zu verwenden.

DOMESTIC SECURITY REPORT SWITZERLAND 2008

Summary

Islamist terrorism and violent extremism

Jihadism persisted as a vigorous terrorist force in 2008 and remains a threat to West European states and their societies. Predominantly active in Iraq till 2007, jihadists began shifting operations to the Afghan-Pakistani area in the year under review. Established in early 2007, al-Qaida in the Islamic Maghreb (AQIM) consolidated its jihad activities, repeatedly using propagandistic videos and texts for issuing threats against European states such as France and Spain. The Horn of Africa became a new area for jihad operations, Somalia being the venue of several suicide attacks. Although India has been affected by acts of Islamist terrorism in the past, it reached a new level of intensity with the terrorist attacks in Mumbai.

Jihadism persisted as a vigorous terrorist force in 2008.

Salafists living in Switzerland are known to maintain contacts in other European states, such as with people associated with the Salafist cell broken up in the Sauerland, Germany, in 2007. The existence of such ties is indicative of the potential of these networks – potential not only for logistical support and propaganda, but possibly also of an operative nature. However, there is no evidence to date to suggest plans for terrorist attacks against targets in Switzerland.

International contacts of Salafists in Switzerland indicative of the potential of these networks.

Asylum status granted to a Tunisian national found guilty in 2007 on charges of, among other things, abetting a terrorist association was revoked and he was banned from entering Switzerland in the future. He escaped his prison sentence and was known to have been fighting in 2008 in the Afghan-Pakistani border area. A message of threat against Switzerland written by this person and spread on the Internet in early November 2008 received little coverage especially by the jihadist-friendly media, which act as a source of inspiration to perpetrators of Islamist motivated violence.

Organised crime

There was no indication that the influence of criminal groups in the Commonwealth of Independent States (CIS) waned in 2008. Drawing on the services of a host of lawyers, fiduciaries and frontmen, high-ranking members of criminal organisations from the CIS are assumed to be still trying to misuse Switzerland's financial infrastructure for laundering money. Signs suggest that business enterprises registered in Switzerland were involved in 2008 in illicit drug trafficking and value-added tax fraud committed by criminals from the CIS. Over the past years, Switzerland has risen to become one of the world's most important commodities trading centres. Approximately one third of the global crude oil trade is conducted in Geneva, including three quarters of Russian exports in crude oil and most of the crude oil exports from Kazakhstan. Crude oil businesses operating in the CIS are suspected of working hand in glove with the intelligence services there. It would also appear that criminal organisations have considerable influence over the trade in commodities.

Persistent attempts to misuse Switzerland's infrastructure to launder money.

Russia and other CIS member states are affected more by the global financial crisis than other industrial nations: commodity prices collapsed in 2008, foreign investment dried up, and the ruble decreased in value. These developments are expected not only to have an adverse effect on the financial strength of investors involved in criminal activities, but it is also likely that ill-gotten proceeds will be increasingly invested in countries abroad.

Criminal groups from South-Eastern Europe continued to display a high degree of activity in the year under review. Like in the past, groups active in Switzerland continued to deal largely in drugs, but also branched out into human trafficking for prostitution, migrant smuggling, arms trafficking, cigarette smuggling and money laundering. Mostly opportunist, flexible and active transnationally, the structure of these groups has remained unchanged.

Activities by Southeast-European criminal groups remain at a constant high.

Right-wing extremism

The number of right-wing motivated incidents in the current reporting period decreased by approximately 30 percent over the previous reporting period, from 109 in 2007 to 76 in 2008. The number of concerts by right-wing bands increased, however, from 10 in 2007 to 15 in 2008. The main reason for the overall decrease was the fall in the number of violent incidents; whereas these have tended to total between 50 and 64 in the last five

years, only 24 were registered in 2008. This decrease can be partly explained by the consistent application of preventive and repressive measures. However, the potential for violence emanating from the right-wing scene remains.

The right-wing scene has changed little over the last few years. Unlike in the past, however, right-wing extremists are taking a more self-asserting stance in public. There have been attempts by part of the scene to enter party politics. In a surge of newly-found confidence, right-wing extremists are increasingly prepared to stand up publicly for their beliefs, to apply to the authorities for permission to stage demonstrations and to insist on basic rights.

Right-wing extremists becoming more self-assertive.

Throughout the year under review, tensions persisted between right-wing and left-wing extremists, the latter displaying an increasingly aggressive demeanor. Right-wing extremists rallied on 1 May to celebrate Labour Day, a typically left-wing red-letter day. Their political involvement was not restricted to the topic of foreigners in Switzerland, but also included topics such as child abuse, globalisation or – as mentioned – 1 May, the traditional day of action by the labour movement. There was increasing violence from young skinheads, especially those around the group Blood & Honour (B&H). The right-wing scene also pursued commercial interests by selling right-wing merchandise and staging concerts. Time and again their publications violated legislation on racial discrimination. They became increasingly furtive in planning events and were more aggressive towards security forces. International cooperation between right-wing extremists in Europe became closer, exchanges taking place mainly via personal contact.

Closer international cooperation between right-wing extremists in Europe.

Left-wing extremism

Although the number of left-wing motivated incidents in 2008 fell by three percent over the previous reporting period, it remained high with a total of 214 (2008) over 221 (2007). Approximately 51 percent of the incidents registered involved violence either against people or property (as opposed to 57 percent in 2007). The decrease was particularly due to the strong presence of security forces during the UEFA EURO 2008. Whereas the International Red Aid (Secours Rouge International, SRI), in particular, placed special emphasis on solidarity campaigns in favour of left-wing activists in detention, the left-wing scene in general continued to make a wide spectrum of issues a theme. One topic that remained a dominant issue in 2008 was the fight against fascism (Antifa). Besides taking to the street in violent protest against fascism, left-wing activists increasingly resorted to means of modern technology. This became evident in the growing number of hacking attacks against right-wing websites and Internet platforms. Other topics of increasing importance during 2008 included nuclear energy and the financial crisis, both of which promise great potential for recruiting and mobilising activists. The left-wing extremist scene also reacted to the unrest that broke out in Greece in December 2008.

Potential for violence by left-wing extremists remains high.

The potential for violence by the left-wing scene remained high in 2008. Zurich was still the major centre of left-wing motivated incidents: there were more attacks on police stations and an increased number of paint and arson attacks in the Zurich area. Whereas the World Economic Forum (WEF) in Davos went off without any major incidents, the 1 May celebrations were fraught with violent clashes not just in Zurich but also in Lausanne, where a violent autonomous scene has been growing since 2007, the likes of which had previously only been seen in the French-speaking area of Switzerland in Geneva.

Zurich is also important as the centre of the Revolutionärer Aufbau Schweiz (Revolutionary Advance Switzerland, RAS). The RAS is not only thought to be responsible for various attacks, but time and again also organises campaigns in favour of imprisoned left-wing extremists. One incident worthy of mention in this connection was a police operation against left-wing extremists in Belgium, which considerably weakened the SRI's general secretariat in Brussels. The SRI is a Marxist-Leninist networking, communication and action platform that operates throughout Europe and maintains ties to the left-wing terrorist scene. As a result of the police operation in Brussels, the SRI's general secretariat in Zurich – which is managed by the RAS section there called Revolutionärer Aufbau Zürich (Revolutionary Advance Zurich, RAZ) – gained in significance and, as the driving force within the SRI, has been able to exert greater influence on left-wing extremism in Europe.

The special role of the RAS within the SRI.

Violent extremism by Southeast-European, Kurdish and Tamil Groups

The behaviour of members of politically-motivated violent extremist expatriate groups living in Switzerland remained in 2008, as in other years, dependent on developments in the respective home country. Kosovo's declaration of independence did not result in any outbreaks of violence, unlike the armed conflicts in Turkey, Iraq and Sri Lanka.

The series of demonstrations and attacks by the Kurdish Worker's Party (PKK) and those groups affiliated to it continued in Switzerland and elsewhere in Europe in 2008, especially in the period from mid-October to mid-November. In particular the arson attacks in autumn were triggered by the PKK's allegations of maltreatment of their imprisoned leader, Abdullah Oecalan, as well as by the renewed military intervention of the Turkish army against the PKK in northern Iraq at the beginning of October. The attacks in Switzerland were mainly targeted towards Turkish facilities. In order to prevent violence escalating in Switzerland, the Federal Council approved measures in November to restrict the activities of the PKK and its affiliated organisations in Switzerland, especially in connection with fund-raising. Besides carrying out propaganda and fund-raising activities, there was increasing evidence that the PKK was recruiting and training young people for combat in Turkey, as was the case in the nineties.

Series of demonstrations and attacks by PKK activists.

The situation of the Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) in Sri Lanka led to the Swiss branch of the LTTE stepping up pressure on the local Tamil expatriate community. The growing number of LTTE propaganda events is evidence of the tighter control of the Sri Lankan Tamils living in Switzerland, since such events serve to discipline and monitor the diaspora. Moreover, these events are linked to direct demands to provide the LTTE with funds. There was an increase in 2008 in the number of violent incidents within the Tamil expatriate community, as illustrated by the mass fighting that broke out among Tamil participants of an LTTE event in Basle in July. An anti-LTTE demonstration by Tamils – also from outside of Switzerland – in Bern at the beginning of September went off peacefully.

Swiss branch of the LTTE steps up pressure on the Tamil expatriate community.

Illegal intelligence

Foreign intelligence services continue to engage in all forms of espionage activities in Switzerland. Their interest in the country as a location for research facilities and enterprises in the sector of top-level technology remains unabated. Also, the fact that many international organisations are established in Switzerland makes the country an attractive target of foreign intelligence services, as does its position as an important commodities trading and finance centre. Moreover, foreign dissidents and forces of opposition who have settled in Switzerland are a target of foreign intelligence services, especially from states in which the freedom of speech and the freedom of the press are restricted, and which have the resources to persecute dissidents the world over.

All forms of espionage still present in Switzerland.

Cybercrime

Botnets (a collection of infected software robots, which run autonomously on private computers and are controlled remotely) remain a great hazard and, often unknown to the owner of the computer, form the basis of nearly all criminal activity on the Internet. The purpose of botnets is to gather valuable data, distribute spam, attack the availability of IT infrastructure or to hide the identity of criminals. Improved technology is rendering the identification and elimination of botnets ever more difficult.

One major area of concern in the 2008 reporting period was economic crime, in particular in e-banking: infected software was initially being distributed by e-mail but later in the year switched to drive-by infections. Economic espionage, jihadism on the Internet and the distribution of child pornography all remained a cause for concern in 2008.

Economic crime, industrial espionage, jihadism and the dissemination of child pornography.

Proliferation

Whilst the situation with regard to Iran remained unchanged, there were improvements regarding North Korea, which nevertheless remains a state involved in proliferation-sensitive activities.

The criminal proceedings against the Swiss branch of the illegal procurement network of Ab-

dul Qadeer Khan, which began in autumn 2004, continued during 2008.

Investigations were conducted by fedpol's Federal Criminal Police into illegal ammunition and arms exports to Central Asia and the Middle East.

Hooliganism

All the matches played in Switzerland during the UEFA EURO 2008 went off without any major incidents. However, since the end of the championship, fans – both those from the hooligan scene and ultras with violent tendencies – have been more willing to use violence. According to the latest estimates from fedpol (SAP), around 250 hooligans are very willing to use violence and approximately 1500 people are basically willing to resort to violence. It is not unusual for riots to attract a great number of rubbernecks and for non-risk fans to join in solidarity with more violence-prone fans against, for instance, the police. New individually-based preventive measures and the Hoogan database (containing over 500 names by the end of December 2008) are showing first signs of success. Systematic application of the measures will help to calm down the scene. The use of pyrotechnic objects in and around stadiums will continue to pose a problem, however.

No major incidents during the UEFA EURO 2008 in Switzerland.

IMPRESSUM

REDAKTION
Dienst für Analyse und Prävention,
Abteilung Analyse

REDAKTIONSSCHLUSS
Ende Januar 2009

KONTAKTADRESSE
Bundesamt für Polizei
Nussbaumstrasse 29
CH-3003 Bern
E-Mail: info@fedpol.admin.ch
Telefon 031 323 11 23
www.fedpol.admin.ch

KONZEPTION, GESTALTUNG
Martin Sommer, Romano Hänni, Basel
DIGITALER UMBRUCH
W. Gassmann AG, Biel

VERTRIEB
BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
verkauf.zivil@bbl.admin.ch
Art.-Nr. 403.400.d

WEITERFÜHRENDE BERICHTE
UND INFORMATIONEN
Website des Bundesamtes für Polizei:
www.fedpol.admin.ch

COPYRIGHT
Bundesamt für Polizei 2009.
Auszugsweiser Nachdruck der Texte mit
Quellenangabe gestattet.